

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222.

Sonnabend, den 21. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Russisches aus Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat den Polizeibehörden einen neuen Erlaß über Beamten-Schmiergelder zugehen lassen. Die nachfolgenden Ausführungen in diesem Erlaß lassen auf ganz bedenkliche Zustände schließen:

„Die auf meinen Runderlaß vorgelegten tabellarischen Übersichten lassen erkennen, daß hinsichtlich der den Verwaltungsbeamten zur Annahme von Geschenken und anderen Zuwendungen privater Personen zu erteilenden Genehmigung nicht immer mit der durch die Natur der Sache gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung verfahren wird. Geht man der in der Wissenschaft und in der Rechtsprechung herrschend gewordenen Meinung folgend davon aus, daß die einem Verwaltungsbeamten seitens seiner vorgesetzten zuständigen Behörde erteilte Genehmigung zur Annahme von Geschenken oder Entgegennahme anderer Vorteile für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung die Strafbarkeit des Beamten gemäß § 31 des R. St. G. B. ausschließt, so erwächst hieraus für die Genehmigungsbehörden die ernste Pflicht, bei Ausübung der fraglichen Befugnis alles zu vermeiden, was das Empfinden der Beamten für die bestehende Rechtslage abzuumpfen oder zu zerstören geeignet sein könnte und dafür zu sorgen, daß die Integrität und das Ansehen der Beamtenschaft durch die Handhabung des Genehmigungsrechts in keiner Weise beeinträchtigt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es aber beispielsweise nicht gebilligt werden, daß einzelnen Beamten gestattet wird, Geschenke oder andere Vorteile von Privaten dafür entgegenzunehmen, daß sie deren Wohnungen, Grundstücke, Geschäftsräume u. dergleichen, obgleich diese Überwachung zu den regelmäßigen Dienstobliegenheiten dieser Beamten gehört, oder ferner, daß die Genehmigung dazu erteilt wird, daß zahlreiche Beamten einer Polizeiverwaltung für ihre Bemühungen zur Feststellung und Abgabe öffentlicher Luftballons seitens einer Gemeinde Zuwendungen in Form einer Lantierne an dem Ertrage der für die Gemeindefasse zur Hebung gelangenden Luftballonsteuer gemacht werden. Des weiteren muß es, wie bereits im Einzelfall wiederholt betont worden ist, als unzulässig erachtet werden, zu genehmigen, daß für Polizeibeamte, die anlässlich von Streikbewegungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zum Schutze von Arbeitgebern oder Arbeitswilligen herangezogen sind, von den beteiligten Unternehmern Geldgeschenke oder andere Vorteile, ein freies Quartier, sowie Verpflegung usw. gewährt werden. Ich unterlasse es, an dieser Stelle auf andere, nicht minder bedenkliche Formen von Zuwendungen an Beamte näher einzugehen, nehme aber Veranlassung, auf die in dem Runderlaß vom 21. November 1901 dargelegten Grundsätze wiederholt hinzuweisen und deren strenge Beachtung in Erinnerung zu bringen.“

Daß ein Minister erst solche Verfügungen erlassen muß, ist ein Skandal. Es sollte selbstverständlich sein, daß Beamte sich unter keinen Umständen schmieren lassen dürfen. Der ministerielle Erlaß wird an dem Skandal garnichts ändern. Wo die Genehmigung versagt wird, wird heimlich gegeben und genommen, und vielfach wird man sich einer Verletzung der Genehmigung garnicht erst aussetzen und die Schmiergelder von vornherein unter der Hand anzubringen wissen.

Wenn etwas helfen könnte, dann wäre es ein absolutes Verbot, dessen Übertretung in jedem Falle Entlassung zur Folge hätte. Der Anstand allein schon sollte ein solches Verbot für selbstverständlich halten. Aber der Minister, der auf der einen Seite der Korruption die Tür verschließen will, öffnet sie selbst auf der andern Sperrangelweit, indem er verfügt, daß Geschenke von Privatpersonen weniger einzelnen Beamten, sondern den gesamten Beamten gegeben werden sollen, was erreicht werde, wenn man diese Geschenke den Wohlfahrtseinrichtungen der Beamten überweise. Was ist damit erreicht? Der einzelne Beamte wird freilich weniger leicht zum käuflichen Objekt werden, aber der ganze Stand wird herabgedrückt und verdienstmäßig im Ansehen der Bevölkerung verlieren.

Hätte Preußen eine Volksvertretung, würde die Russifizierung des Beamtentums bald ein Ende haben.

Nationalliberale Wortführer über den Chemnitzer Wahlaktbeschluss.

Die „National-Zeitung“ hat bei einer Anzahl bekannterer nationalliberaler Politiker Umfrage gehalten, wie sie über den Beschluss des Chemnitzer Parteitag zu dem Wahlaktbeschluss mit der Fortschrittspartei und die Dämpfungspartole denken. Wir geben in nachfolgendem

gekürzt die Antworten wieder, die auf die Anfrage erfolgt sind:

Reichstagsabgeordneter Dr. Böttcher: Die Billigung des Wahlaktbeschlusses ist weniger ein Sieg des Revisionismus als die notgedrungene Rechtfertigung einer einmal geschenehen Tat. Immerhin kann der Revisionismus einen Vorteil buchen, indem sich die Mehrheit des Chemnitzer Parteitages im Grundsatz für eine Verständigung mit einer bürgerlichen Parteigruppe ausgesprochen hat. Der Beschluss eröffnet den linksliberalen Aussichten für die preussischen Landtagswahlen, hier und da über die Konfessionen zu siegen.

Von großem Belang kann das aber nicht werden, da die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sich durch eine veränderte Haltung der Sozialdemokratie kaum ändern werden. Für die Nationalliberalen kann daraus kein Segen entstehen, da die etwaige sozialdemokratische Unterstützung reichlich aufgewogen würde durch die Entfremdung in ländlichen und gewerblichen Kreisen. Die nationalliberale Partei ist verpflichtet, in klarer und unzweideutiger Weise Stellung gegen die Verständigung mit der Sozialdemokratie bei Haupt- und Stichwahlen zu nehmen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Bollert: Ich bin mit dem Vorgehen der Sozialdemokratie auf dem diesjährigen Parteitag sehr einverstanden. Die Partei, der jeder dritte Deutsche angehört, zu der sämtliche Industriearbeiter stehen, hat endlich den Ernst der Stunde erkannt. Nur, wenn die Sozialdemokraten an der Fortentwicklung des Staatslebens mitarbeiten, können sie mit den Fortschrittler, überhaupt mit dem Großblock zum Kampf gegen Schwarz und Blau antreten. Jedes Mittel ist gut, durch das man diesen Zweck erreichen kann.

Reichstagsabgeordneter Sailer: Ich messe der Sache keine allzugroße Bedeutung bei. Wenn die Sozialdemokratie von einer Seite für bündnisfähig erklärt werden sollte, so könnte es sich meines Erachtens dabei doch höchstens immer nur um taktische Wahlbündnisse, nie aber um dauerndes, prinzipiell-politisches Zusammengehen handeln.

Geheimrat Witting: Ohne genaue Kenntnis vom Inhalt der Reden, insbesondere derjenigen von Scheidemann, kann man abschließend über die Tragweite des Chemnitzer Beschlusses nicht urteilen. Trotzdem behält natürlich der Beschluss seine Bedeutung; er kann wirklich die Götterdämmerung für den Marxismus ankündigen, wenn auch wohl erst für eine nicht zu nahe Zukunft. Freilich — die Sozialdemokratie hat im Laufe ihrer Geschichte schon manches Bündnis abgeschlossen, vor allem mit dem Zentrum, und ist bisher dieselbe geblieben. Solange ich es nicht sehe, glaube ich nicht an eine nationale Demokratie.

Professor Dr. Leidig: Der Beschluss des sozialdemokratischen Parteitages, das Wahlaktbeschluss mit der Fortschrittspartei zu billigen, ist von mir und wohl allen, die sich mit Politik beschäftigen, erwartet worden.

Was nun die politischen Wirkungen des Beschlusses anlangt, so wird er zweifellos die Stellung desjenigen Teils der Fortschrittlichen Volkspartei, der auf ein dauerndes Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie hinwirkt, stärken, und wahrscheinlich auch auf die gespannte Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei Einfluss haben.

Die Rückwirkung des Beschlusses auf unsere nationalliberale Partei wird nicht erheblich sein, gewiß werden einzelne Kreise auf unserer Linken nun wieder von dem großen Block von Bassermann bis Bebel träumen; daß die Nationalliberalen irgendwo mit den Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen Abkommen treffen, glaube ich nicht, noch weniger, daß, wenn dies geschehen sollte, unsere Wähler sich an solche Abkommen kehren würden.

Amstergesichtsrat Dr. Liepmann: Nichts wäre falscher, als aus dem die Dämpfung billigenden Beschlusses des Chemnitzer Parteitages auf einen endgültigen Sieg der revisionistischen Richtung zu schließen. Die Auseinandersetzungen zwischen der revisionistischen und der radikalen Richtung werden weitergehen, und nicht zum geringsten wird die Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien von maßgebendem Einflusse dafür sein, welche Richtung schließlich in der sozialdemokratischen Partei die Oberhand gewinnt.

Immerhin verstärkt der fragliche Parteibeschluss die Aussichten des Liberalismus bei Bekämpfung des schwarz-blauen Blockes in künftigen Wahlen, da beim Festhalten an der gebilligten Taktik die Erwerbung vieler Mandate in solchen ländlichen Wahlkreisen auch ohne Abkommen mit der Sozialdemokratie zu erwarten ist, in denen letztere aus eigener Kraft zu siegen nicht rechnen kann. Damit steigt aber auch die Aussicht, daß aus der bevorstehenden Landtagswahl eine Mehrheit hervorgeht, welche auf Gewährung des direkten und geheimen Wahlrechts entscheidendes Gewicht legt.

Dr. Marwig (Vorsitzender des nationalliberalen Vereins Groß-Berlin): Daß der sozialdemokratische Par-

teitag das Stichwahlabkommen mit der Freisinnigen Volkspartei gebilligt hat, wird die Stellung der bürgerlichen Parteien zu den Zielen und zur Methode der Sozialdemokraten nicht beeinflussen dürfen; mit Rücksicht auf eine etwaige Stichwahlhilfe den Kampf gegen die roten weniger energisch zu führen, würde lediglich eine Gefahr für diejenigen darstellen, die Staat und Monarchie zu schützen sich bemühen. Wenn der Chemnitzer Beschluss dennoch vom nationalliberalen Standpunkte aus zu begrüßen ist, so geschieht es, weil er auch für die Zukunft es wahrscheinlich macht, daß nicht wieder einer schwarz-blauen Mehrheit die Geschicke des Reiches ausgeliefert werden können. Und ferner: Wer auf die politische Mitarbeit des vierten Standes Wert legt, wer die erzieherische Wirkung der Arbeit richtig einschätzt, wird in dem Beschluss einen Schritt sehen, der zu einer Besserung der Verhältnisse zum mindesten führen kann.

Die Teuerung.

Während die Fleischpreise sich im August wesentlich erhöht haben, sind die Getreidepreise zurückgegangen, lagen aber noch wesentlich über den vorjährigen und werden sich auch im September infolge der Ungunst der Witterung weiter erhöhen. Mehl und Backwaren sind nur um ein ganz geringes billiger geworden. Während der Weizen im Durchschnitt der 50 Hauptmarktorte Preußens von 226,4 auf 209,8 Mk. (im August vorigen Jahres kostete er 200,3 Mk.) gesunken ist, ist das Weizenmehl im Großhandel nur von 31,9 auf 31,8 Mk. und im Kleinhandel von 38,6 auf 38,1 Pfg. zurückgegangen; die Semmel hat ihren Preis von 53,9 auf 53,8 Pfg. ermäßigt. Der Roggen kostete 169,9 Mk. gegen 193,6 Mk. im Juli d. J. und 165,6 Mk. im August v. J. Roggenmehl ist im Großhandel von 26,7 auf 26,3 Mk., im Kleinhandel von 30,7 auf 30,6 Pfg., Roggenbrot von 30,3 auf 30,1 Pfennig zurückgegangen. Die Hülsenfrüchte zeigen im Großhandel Rückgänge von 2 bis 6 Mk., im Kleinhandel solche um ½ Pfg., doch liegen die Preise noch sehr wesentlich über den vorjährigen. Kartoffeln haben ihren Großpreis von 105,0 auf 72,7 Mk., ihren Kleinspreis von 13,4 auf 9,4 Mk. ermäßigen können. Stroh ist erheblich billiger geworden, neues Heu etwas gestiegen. Die Eßbutter hat ihren Preis von 268,7 auf 281,1 Pfg. für das Kilogramm erhöht und den vorjährigen Preis um 1,2 Pfg. überschritten. Schweineschmalz ist von 181,1 auf 188,9 Pfennig gestiegen und ist gegenüber dem Vorjahr um 20,9 Pfennig teurer. Der Preis der Eier hat sich von 417,6 auf 459,1 Pfg. für das Schock erhöht und liegt um 27,1 Pfg. über dem vorjährigen.

In Detmold und Saugen wurden von den Stadtverordneten resp. dem Stadtrat Maßnahmen gegen die Teuerung beschlossen.

Zur Teuerung wird der rechtsstehenden „Täglichen Rundschau“ aus Dresden berichtet: „Sehr traurige Zahlen enthält die Statistik des Fleischverbrauchs in unserer Stadt. Seit 1898, also seit 14 Jahren, hat der Verbrauch von Pferde- und Hundefleisch ständig zugenommen. Nach dem statistischen Jahrbuch der deutschen Städte wurden geschlachtet: 1898: 1339 Pferde und 82 Hunde; 1903: 1596 Pferde und 158 Hunde; 1905: 1654 Pferde und 165 Hunde, und 1909: 1664 Pferde und 185 Hunde. — Wie der Fleischverbrauch in einem einzigen Jahr zurückging, ersieht man aus den monatlichen Heften des statistischen Amtes der Stadt Dresden. Ende Juli 1911 kamen auf den Kopf der Bevölkerung insgesamt 4,34 Kilogramm vollwertigen Fleisches, 1912 nur noch 3,98 Kilogramm auf den Kopf, also fast 400 Gramm weniger. Der Bierverbrauch ist gleichfalls sehr stark zurückgegangen, was ebenfalls darauf schließen läßt, daß die Bevölkerung sich einschränken muß. Er sank von 618 790 Hektoliter Lager- und Doppelbier im Jahre 1903, wo er am höchsten war, auf 538 824 Hektoliter im Jahre 1909. — Übrigens haben sämtliche Gast- und Schankwirte sowie die Saalhaber in Chemnitz und Umgegend beschlossen, die Preise für Speisen am 1. Oktober zu erhöhen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Besitzsteuerfrage.

Nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ wird die Ministerkonferenz, die sich mit der Besitzsteuerfrage beschäftigen soll, im November in Berlin stattfinden. Die Denkschrift des Reichsfinanzamtes über die Einführung einer Besitzsteuer im Reich wird im Laufe des Monats Oktober an die Verbündeten Regierungen gehen. Die Notiz schließt: Es besteht die Absicht, angesichts der Wichtigkeit der Materie zu versuchen, eine einmütige Willens-

gebung der Verbündeten Regierungen zur Besitzsteuerfrage herbeizuführen.

Ämtliches Reichstagswahlergebnis.

Bei der am 16. d. M. abgehaltenen Reichstagswahl im sechsten elsäß-lothringischen Wahlkreise für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Will. (elsäß. Zentr.) erhielten bei 16 157 eingeschriebenen Wahlberechtigten und 12 197 abgegebenen gültigen Stimmen Redakteur Dr. Haegy-Colmar (elsäß. Zentr.) 7102, Gewerkschaftssekretär Imbs-Straßburg (Sozialdem.) 2769 und Weingutsbesitzer Andlauer-Schleisstadt (elsäß. Fortschrittspartei) 2315 Stimmen; zerstückelt waren 11 Stimmen. Dr. Haegy ist somit gewählt.

Freiherrn v. Hertlings „Programm“ wird dementiert.

Vor einigen Tagen ging eine Mitteilung durch die Presse, wonach der Münchener Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Frhrn. v. Hertling eine Unterredung gehabt und dieser dabei im Hinblick auf die Pösterfrage erklärt habe, er werde ruhig als „praktisch denkender Realpolitiker“ alle solche bayerischen Hoheitsrechte aufgeben, die sich als unpraktisch erweisen haben. Über den bayerischen Ordensersatz soll von Hertling bemerkt haben, da der Bundesrat den Begriff der Ordensfähigkeit der Jesuiten nicht formuliert, und da er ferner die Durchführung der Bundesregierungen überlassen habe, so fühle er sich und fühle sich die bayerische Regierung durchaus legitimiert. Auch über die Zentrumsprelle sollen nach dem Bericht des „B. T.“ bei der Unterredung wenig günstige Worte gefallen sein. Ferner wolle Frhr. v. Hertling jeder Maßnahme zustimmen, die imstande sei, eine Minderung der Fleischnot herbeizuführen, soweit sie der Landwirtschaft nicht größeren Schaden zufüge, wie etwa die Öffnung der Grenzen. Im übrigen wurden in der Unterredung weniger wichtige Dinge berührt.

Etwas spät kommt nun die halbamtliche Korrespondenz Hoffmann mit einem Dementi. Danach soll die Bemerkung Hertlings von dem Aufgeben der Hoheitsrechte auf einem Mißverständnis beruhen, ebenso die angebliche Anekdote einer Fleischnot, die Bemerkungen über die Zentrumsprelle und anderes.

Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ hält aber seine Behauptungen voll aufrecht und bemerkt zum Schluß: „Herr v. Hertling und ich haben uns sogar über die Frierung mancher Sätze geeinigt, so daß ich manche scharfe Form Herrn v. Hertling zuliebe änderte. Das Gespräch bewegte sich ziemlich sprunghaft, und ich gab es in jenem Zusammenhange, in den die einzelnen behandelten Fragen gehörten.“

Die Reichsregierung und das Jesuitengesetz.

Die „Kölnische Zeitung“ enthält folgendes offizielle Telegramm: „In unterrichteten Kreisen verlautet, daß dem Reichskanzler ein Antrag vorliege, den bayerischen Antrag zum Jesuitengesetz mit der Feststellung zu beschließen, daß die von der bayerischen Regierung in Vollzug der Bekanntmachung des Bundesrats vom 5. Juli 1872 erlassenen Ausführungsbestimmungen dem Sinne des Gesetzes widersprechen.“

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin haben die preussischen Bischöfe zur Aufhebung des Jesuitengesetzes eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet.

„Kleine Anfrage“ über den englischen Kanal.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hat schon jetzt bei dem Bureau des Reichstages folgende „Kleine Anfrage“ eingereicht:

a) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der ehemalige Befehlshaber des französischen Mittelmeergebietes Vizadmiral Germinet es als seine persönliche Überzeugung ausgesprochen hat, daß England und Frankreich den Armeikanal mit Recht als englisches und französisches Gewässer ansehen und im Falle einer Kriegserklärung sofort den neutralen Mächten das Verbot der Schifffahrt durch den Armeikanal bekanntgeben?

b) Hat der Herr Reichskanzler Anhaltspunkte, inwiefern diese das Völkerrecht schwer verletzende, persönliche Überzeugung des französischen Vizadmirals von den Regierungen in London und Paris geteilt wird?

c) Welche Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler in Gemeinschaft mit den in erster Linie interessierten neutralen Mächten gegen solche Absichten alsbald zu ergreifen?

Oder-Donau-Kanal.

Das alte Projekt einer Verbindung der Donau mit der Oder scheint jetzt wieder aufgenommen und energisch verfolgt zu werden. Wie das „Neuwalder Stahlblatt“ von besonderer diplomatischer Seite erfährt, ist die österreichische Regierung dem Plane nähergetreten, durch Verbindung der Donau mit der Oder eine von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer laufende Wasserstraße zu schaffen.

Norddeutsche und süddeutsche Nationalliberale und die Sozialdemokratie.

In der „Berliner Vorzeitung“ schreibt ein Nationalliberaler (vielleicht Herr Fuhrmann) gegen den württembergischen nationalliberalen Landesparteitag, der sich gegen die Gründung des nationalliberalen Reichsverbandes wandte. Im Laufe der Polemik wird ausgeführt:

Württemberg ist in der glücklichen Lage, mit einer „grünlich-konservativen“ Parteihegemonie nicht rechnen zu müssen. Wir möchten uns erlauben, darauf hinzuweisen, daß dasselbe auch in Norddeutschland, sogar in Preußen der Fall ist. Wenn die Württemberger als Hauptaufgabe der inneren Politik die Bekämpfung der Sozialdemokratie propagieren, so müssen sie dasselbe Recht auch den Norddeutschen zugestehen. Auch diese sehen darin den Feind der bürgerlichen Parteien und wollen dies Prinzip durch — es muß das gesagt werden — die selbstverschuldeten Misse des süddeutschen Liberalismus nicht verwässern lassen. Das ist, wenn wir es wahr verstehen, die Tendenz des Reichsverbandes. Man hat in Norddeutschland damit zu rechnen, daß die Wähler, wenn sie diesen Kampf

vermissen, der alten Fahne nicht mehr treu bleiben; damit hat man augenscheinlich auch in Württemberg gerechnet. Die Bewegung, die auch die Sozialdemokratie in den Kreis der bürgerlichen Parteien ziehen will, hat hier keinen Boden, und ein Zwang, sie zu Hilfe zu rufen, liegt nicht vor. Es will uns sogar zweifelhaft erscheinen, ob das überall im Süden der Fall ist. Auf einer der letzten sozialdemokratischen Landesversammlungen dort wurde von einem Badener ausdrücklich festgestellt, daß man ohne die Hilfe der Liberalen dem Zentrum gegenüber verloren sei. Nun gut, können die Liberalen nicht auch dafür ihre Forderungen präsentieren; sollen sie nicht versuchen, ihre Position da zu behaupten, wo es ihnen irgend möglich ist? Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung beweist, wieviel einer geduldrigen, nachhaltigen und durch Jahrzehnte fortgesetzten Arbeit gelingen kann, selbst unter den widrigsten Umständen, die für den gebildeten und besitzenden Liberalismus nicht einmal vorhanden sind. Es scheint uns aber, als ob im Süden das umgekehrte Prinzip zur Geltung gekommen ist, daß zuerst und vor allem gegen die blausharige Reaktion Stellung genommen werden muß, und daß sich selbst Kreise, die es, wie die Württemberger nicht nötig haben, ihm nicht mehr verschließen. Eine neue Mainlinie innerhalb der nationalliberalen Partei. Wir müssen gestehen, wir hätten das nicht für möglich gehalten; aber die Widersprüche, die wir bei den Württembergern konstatieren müssen, zwingen uns zu dieser Annahme. Ist sie richtig, dann allerdings können wir sagen, daß die nationalliberale Partei ihren Beruf gehabt hat, und daß eine Spaltung oder Zersplitterung, oder wie man es sonst nennen will, in absehbarer Zeit kommen muß.

Schüchtern sind die Fuhrmänner nicht, das muß man sagen; bei ihnen heißt es biegen oder brechen. Entweder die süddeutschen Nationalliberalen passen sich den Scharfmachern an und stellen alles hinter den Kampf gegen die Sozialdemokratie zurück, oder es gibt eine neue Spaltung! Nun, die Gefahr, daß die letztere Alternative eintritt, ist nicht groß, denn im Grunde genommen sind die süddeutschen Nationalliberalen nicht liberaler als die nationalliberalen Reichsverbändler, nur die Not zwingt sie zu Rücksichten, die ihnen im Grunde genommen sehr unangenehm sind.

Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftspolitik.

Der Bevölkerungsstatistiker R. Mombert, Professor der Nationalökonomie an der Universität in Freiburg i. B., untersucht in einer Diskussion mit Professor Odenburg im „Archiv für Sozialpolitik“ die Frage des Zusammenhanges der Bevölkerungsbewegung mit der Wirtschaftspolitik, und macht über die Wechselwirkung von schlechter Wirtschaftspolitik und Abnahme der Geburten folgende interessante Feststellungen: „Seit etwa einem Menschenalter ist in den meisten Kulturstaaten die Zahl der Geburten in beständigem Rückgang begriffen, und zwar fast ausschließlich — das ist der maßgebende Faktor — die Zahl der ehelichen Geburten, während die der unehelichen garnicht oder nur ganz unbedeutend abnahm. Dazu kommt ein zweites Moment, das ebenfalls in außerdeutschen Ländern zu beobachten ist wie bei uns: Auch auf dem Lande macht die Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit qualitativ den gleichen Gang durch wie in den Städten, nur daß dort diese Bewegung später einsetzte und bisher langsamer vor sich ging. Ein grundsätzlicher Unterschied ist also zwischen Stadt und Land nicht zu beobachten.“

Was sagen hierzu unsere Junker und ihre katholischen Gesinnungsgenossen vom Zentrum, die dem Volke wieder plausibel machen wollen, daß auch künftig das platte Land der unverwundliche Jungborn für die Bevölkerungszunahme sei?

Über den Einfluß der Wirtschaftspolitik sagt Mombert: „Tatsächlich spielt die Wirtschaftspolitik eine bedeutende Rolle bezüglich der Fruchtbarkeit der Bevölkerung. Je teurer die Lebenshaltung durch die Abschpernung der Lebensmittelprodukte ausländischer Länder infolge der „Lüdenlosen Zollpolitik“ wird, je mehr die öffentlichen Lasten anwachsen, und die Lebensansprüche sich steigern, in umso weiteren Kreisen und mit um so größerem Nachdruck machen die wirtschaftlichen Erwägungen der Kinderbeschränkung sich geltend.“

Was hier Mombert ausspricht, ist nicht neu, aber daß es auch die Wissenschaft anerkennen muß, gibt der Frage eine gewisse Bedeutung. Mombert schlägt gegen die geschilderten Übel vor: „Diese Mißstände wird eine zielbewußte Sozialpolitik zu beseitigen suchen müssen, z. B. durch Verbilligung der Lebensmittel vermittels einer richtigen Zollpolitik, durch innere Kolonisation in Ostbrien, durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, durch weitere hygienische Maßnahmen und dergl.“

Zum Schluß weist Mombert noch nach, daß die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande fast größer ist, wie in den Städten, „weil in der Kinderernährung durch den organisierten Massentransport von Milch und Butter nach der Stadt die Tendenz der Verschlechterung sich stark breit macht.“ Er mahnt, keine Vorurteile zu beachten, ehe es zu spät ist.

Das Koalitionsrecht im bayerischen Landtage.

Wie berichtet wird, gab am Freitag in der bayerischen Abgeordnetenkammer der Verkehrsminister v. Seidlein bei der Beratung des Eisenbahnetats eine grundsätzliche Erklärung über die Stellung der bayerischen Staatsregierung und besonders der Eisenbahnverwaltung zum Süddeutschen Eisenbahnerverband und zum Streikrecht der

Eisenbahner ab. Ausgehend von der Äußerung des liberalen Abgeordneten Dr. Günther: „Solange das Staatswohl nicht gefährdet ist, kann jede Partei sich ausleben“, erklärte der Minister v. Seidlein: „Die Verkehrsbeamten und -Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß sie im Interesse des Staates und des Dienstes kein Recht auf Arbeitsinsetzung haben und daß sie keinen Organisationen angehören dürfen, die dieses Recht als zulässig erachten, gleichviel, ob es freie, christliche oder sonstige Gewerkschaften sind. Soweit sich aber Beamte und Organisationen auf gesetzlichem Boden bewegen und das staatliche Interesse nicht verletzen, legt ihnen die Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg.“

Wie schon der frühere Minister v. Frauendorfer, erklärte auch Herr v. Seidlein, daß es nicht nötig sei, auf dem Boden des Beamtengesetzes, etwa durch ein Disziplinarverfahren, festzustellen, ob der Süddeutsche Eisenbahnerverband ein politisches oder sozialistisches Gebilde sei und ob daher der Beitritt zu diesem Verbands der Beamten der Verkehrsverwaltung verboten werden könne. Nach wie vor lasse sich jedoch die heutige Regierung, wie die frühere, von dem Grundsatz leiten, daß Angehörige der Sozialdemokratie sich von selbst von der Beamteneigenschaft ausschließen und daß der Staat die Pflicht habe, alle Bestrebungen zu bekämpfen, die das Streikrecht für die Eisenbahner beanspruchen oder begünstigen.

Es liegt selbstverständlich an der Arbeiterschaft in den Staatsbetrieben, ob sie sich solcher Einschätzung und Zurücksetzung auf die Dauer unterwirft. Einer geeinten Arbeiterschaft gegenüber würde eine Behandlung, wie sie in den ministeriellen Erklärungen angekündigt ist, nicht aufrechterhalten werden können.

Vom politischen Standpunkte aus beachtenswert ist auch noch, daß die gleiche Frage in den Novembertagen des vorigen Jahres zu einem heftigen Kampfe des Zentrums gegen den damaligen Verkehrsminister v. Frauendorfer und in der Folge zu einer Krise und zur Auflösung des Landtages führte. Jetzt eignet sich der Verkehrsminister v. Seidlein, obwohl er dem Zentrum nahesteht, die Anschauungen an, die damals Herr v. Frauendorfer vertrat. Als auffällig konstatiert daher selbst die „Vossische Zeitung“, daß das Zentrum, welches seinerzeit die gleichen Grundsätze bei Herrn v. Frauendorfer aus Gründen der Konkurrenz des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes und des Bayerischen Eisenbahnerverbandes bis zum äußersten bekämpft hatte, die Regierungserklärung am Freitag ohne ein Wort der Entgegnung hinnahm. Das ist Zentrumstaktik!

Osterreich-Ungarn.

Du sollst nicht stehlen! Gegen dieses Gebot soll der ungarische Ministerpräsident v. Lukacs verstoßen haben. So behauptet wenigstens der oppositionelle Abgeordnete und frühere Staatssekretär Zoltan Desi, dessen schon früher angedrohte Enthüllungen in Ungarn ungeheures Aufsehen erregen. Er hat den Ministerpräsidenten v. Lukacs beschuldigt, vier Millionen Staatsgelder zu Wahlzwecken unterschlagen zu haben. Schon gegen Ende Mai hatte derselbe Abgeordnete im Parlament vor der Tagesordnung ums Wort gebeten, um Enthüllungen darüber zu machen, daß vier Millionen Staatsgelder zu Wahlzwecken unterschlagen worden waren. Er erhielt damals das Wort nicht, um vor der Tagesordnung über diesen Gegenstand zu sprechen, nur Graf Julius Andrássy selbst hatte gebeten, die Affäre nicht vor dem Auslande zur Sprache zu bringen. Jetzt erklärt Desi, daß er sich dennoch verpflichtet fühle, die Sache zur Sprache zu bringen, und er klagte den jetzigen Ministerpräsidenten öffentlich an. Am Mittwochabend kam Desi zu einer Versammlung der Universitäts Hörer. Dort erklärte er, es sei ein öffentliches Geheimnis, daß der Regierungschef Staatsgelder zu andern Zwecken verwendet habe. Desi erklärte sich bereit, schon in den nächsten Tagen aktionemäßig zu beweisen, daß der Ministerpräsident zur Zeit der Wahlen vier Millionen „gestohlen und destruiert“ habe. Desi sprach auch die Überzeugung aus, daß viele Abgeordnete der Regierungspartei, wenn sie von der Herkunft der Gelder hören würden, diese entweder zurückertarten oder aber auf ihr Mandat verzichteten würden, so daß dann eine Anzahl Mandate frei wäre. In der Regierungspartei macht sich, wie das „B. T.“ berichtet, allmählich eine Stimmung bemerkbar, die eventuell zum Austritt mehrerer Abgeordneter aus dieser Partei führen könnte.

Rußland.

Folterungen in russischen Gefängnissen. Herr Chruslow, der Chef des russischen Gefängniswesens, tritt stets mit besonderer Entrüstung der Behauptung entgegen, daß in den russischen Kerkern Folterungen vorgenommen werden. Die Kerkermauern sind dick, das Geströhl der Gepeinigten und Gefolterten dringt nur schwer an die Öffentlichkeit, etwaige Nachprüfungen vor Gericht sind bei dem Einschüchterungssystem gegenüber den Gefangenen nur selten möglich — warum soll also der „wahrheitsliebende“ Oberchef der russischen Gefängnisse nicht mit seinen schönfärbischen Berichten an die Öffentlichkeit treten? Welchen Wert sie indessen haben, geht aus folgenden Mitteilungen hervor, die die Petersburger „Reich“ an einem Tage zu bringen vermochte. Die erste Mitteilung betraf einen Prozeß, der am 5. September vor der Wilnaer Gerichtskammer begann. Angeklagt sind 2 Gefängnisaufseher, Kweiko und Kernoschiki; den Gegenstand der Anklage bildet die Folterung des Katorgagefangenen Semjon Ekwewitsch, der nach der Folterung starb. Die ärztliche Expertise hat festgestellt, daß die Schläge, die den Tod des Gefangenen herbeiführten, im Gefängnis ausgeübt wurden. Die Schuld der Angeklagten, die den Gefangenen nach einem mißglückten Fluchtversuch und der Wiedereinlieferung ins Gefängnis eine ganze Nacht hindurch im Karzer schlugen und folterten, ist durch Zeugenaussagen erwiesen. Die zweite Mitteilung desselben Blattes betrifft den offiziellen Rapport eines Heilgehilfen in Kasdolnaja, wo die beim Bau der Amur-Bahn beschäftigten Katorgagefangenen plagiert sind. Der Heilgehilfe bittet den Sanitätsarzt Budtschenko, ihm vom Dienste zu dispensieren. Die Ursachen, die mich hierzu veranlassen sind folgende: Die kranken Gefangenen werden

Herzlicher Sonntagsdienst
am 22. Sept. von 1 Uhr ab. (3524)
Dr. med. Josl. Königstr. 10.
Dr. med. Wex, Höheburg. Allee 2a.
Dr. med. Gosch, Fackenburg. Allee 1.

Verlegte meine Wohnung nach
Königstraße 38
vis-à-vis dem Katharineum.
Dr. Dornseifer

(3430) homöopath. Arzt.
10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken.



oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.
Alleinverkauf
F. Baurenfeind, Mühlen-
str. 34.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Habe rote Lübeck-Rabattmarken.

Gebüder Barg

— 5 Kohlmarkt 5 —
empfehlen 3519
Bettfedern und Daunen
in nur tadelloser Ware.
Groß-Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
jeden das Füllen von Betten
preis gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken od. 4% in bar.

Es eines trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus
1 Mt. pro Saft. (2918)
F. E. Schacht & Co.,
Möhlener Allee 41.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfehlen
J. Höppner, Beckerg. 66.

Kohlenarbeiter!

Sektions-Versammlung
am Montag, dem 23. Sept.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
Regelung verschiedener
Arbeitsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, zu
dieser Versammlung recht zahlreich
zu erscheinen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Sonntag, den 22. September:
Tour nach Segeberg.
Abfahrt 1 Uhr vom Endbahnhof.
Der Vorstand. (3526) Fahrkart III.

Ballett- und Moislung.
Erntetanz.
Ganz frei (3521) Tanz frei.

Kaufhaus Siegfried Ittmann

Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel sowie kompl. Wohnung-Einrichtg.	Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb.	Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
--	--	---

Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

3473

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder
Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr,
102) 65 Pfg.

Einsegel

95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Schlutup.

Gasthof

„zum weißen Schwan“
Inh.: R. Böge. (2472)

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Sonntag, den 22. d. Mts.

Grosser Ball

wozu freundlichst einladet. (3477)
Herrnburg. D. Schliecker.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen

3514) **J. Rieck.**

Friedr. Franz-Halle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
3513) Endstation Krankenhaus.
Ende 1 Uhr.

Weisser Engel

Rageburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
3515) Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Ballmusik.

Adlershorst.

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) **H. Pagel.**

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Berliner

Volts-Zeitung

Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes
Witzblatt (8 Seiten)

Illustr. Familien-Zeitung
mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)

Illustr. Kinder-Zeitung
mit lustigen Bildern, Erzählung., Spielen (8 S.)

Tägl. Unterhaltungsblatt
m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten
zum Preise von 90 Pfennig monatlich

Probenummern an jedermann kosten-
frei von der Expedition Berlin SW. 19,
Jerusalemmer Straße 46/49. (3308)

Mehr als 85000 Abonnenten.

Trinkt

Buntekuh-Kümmel

1703) **Lampforn-
Brennerei Buntekuh.**

HANSA-THEATER.

Ab Mittwoch, dem 25. September 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Gastspiel Otto Reutter, des größten, weltbe-
rühmtesten Humoristen.
Preise der Plätze: Loge Mk. 4, Fauteuil Mk. 3, Sperrsitz Mk. 2,
Parkett u. Seitenparkett Mk. 1.50, sämtliche andern Preise wie ge-
wöhnlich. Vorzugskarten ungültig. (3517)

Ferner das große Spezialitäten-Programm.
Kretons Wunderhunde — Maxims kolossale Affendressuren etc.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:

Gr. Fremden-u. Volksvorstellung

Abends 11 Uhr: **Kabarett.** Entree frei.
Gute Weine! Neue erstklassige Kräfte! Gute Weine!
Die ganze Nacht geöffnet!

Achtung! Seeretz. Achtung!

Morgen, Sonntag, den 22. September: (3502)

Große Dilettanten-Theater-Vorstellung
mit reichhaltigem Programm (Lachen über Lachen.)

Raffendöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Breite der Plätze: 1. Platz 50 Pfg., 2. Platz 30 Pfg., Kinder die Hälfte.
Hierzu laden freundlichst ein **E. Cordts und F. Thüsam.**

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.
3512)

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei (1394) **Gustav Gipp.**



**Arbeiter-
Turn-
Verein
Lübeck.**

Einladung zum
Stiftungsfest-Ball

verbunden mit
turnerischen Aufführungen
am Sonntag, dem 22. Septbr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.
Einj. Dame 20 Pfg., wof. Garderobe.
3307) **Das Komitee.**

Steinsetzer u. Berufsgen.
Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Einladung zum Ball
am Sonntag, dem 29. Septbr.

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg.,
eine Dame frei.
Einj. Dame 20 Pfg., wofür Garder.
3476) **Das Komitee.**

Konzerthaus

Zauberflöte.
Täglich Konzert!!
Erstklassiges Damen-,
Musik- und Gesangs-
Salon-Ensemble

Martha 7 Damen
3 Herren

Vorzügliche Musik.
Anfang täglich 7 1/2 Uhr.

Eintritt gänzlich frei.
3516) **Ludwig Kock.**

! 4 Worte !

Kalnbergs Variété
Neue Künstler.

Beginn 7 Uhr.
Auf allen Plätzen 40 Pfg.

Achtung!
Hier ficht her!!!!
**Grosses Familien-
und Kinderfest**

am Sonntag, dem 22. Sep-
tember, im Seglerheim
Wakenitz-BelleVue.
Besizer **H. Fürbötter.**

Großes Garten-Konzert.
Musik- u. Gesangsgruppe

„Martha“, 6 Damen,
3 Herren.
Tanz für Kinder im Saal.

Kinderbelustigungen
wie Laufen, Wettlaufen,
Wurstbeizen, Mastbaum-
reiten usw.

Würfeltisch für Damen-
und Herren.
Ab 7 Uhr Ball f. Erwachsene

Eintritt für **10 Pf.**
Erwachsene
Kinder frei.

Anfang präzise 4 Uhr.
NB. Das Fest findet be-
stimmt statt und ladet zu
zahlreichem Besuch freunds-
chaftlich ein **H. Fürbötter.**

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 22. September.
6. Vorstellung im Fall-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Samson und Dalila.

Oper in 3 Akten von Saint-Saëns.
Große Preise. (3492)

Montag, den 23. September.
7. Vert. i. B. Ab. 1. Vert. i. Montag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Die fünf Fränkler.
Lustspiel von C. Rögler.
Mittelpreise.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, d. 19. September.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt Koste.

Die Debatte über die

Reichstagswahlen

wird fortgesetzt.

Es ist noch ein neuer Antrag Lorenz-Statthagen eingegangen, der will, daß der Parteitag die Dämpfung bebaue.

Pied-Berlin: Genosse Scheidemann hat eine Aeußerung von mir zitiert unter Anwendung eines in Berlin nicht mehr neuen Wises. Er tat das auf den Zwischenruf eines Genossen hin, der früher selbst in Berlin Trumpf war, aber sehr still geworden ist, seitdem er Reichstagsabgeordneter ist. Der von mir gebrauchte Ausdruck mag ja nicht sehr angenehm geklungen haben, der Sinn meiner Ausführungen war aber lediglich der, daß wir nicht Mandate um jeden Preis erstreben dürften. Das einzige, wogegen sich die Opposition richtet, ist die Dämpfung. Ich bestreite, daß der Parteivorstand gewungen war, diese Bedingung zu akzeptieren. Der Freisinn befand sich in großer Not, als er zu uns kam und wir hatten keine Ursache, ihm so weit entgegenzukommen. Eine Herabsetzung des Parteivorstandes liegt in der Verurteilung der Dämpfung nicht, sonst müßte man den Parteivorstand für unfehlbar halten. Die Dämpfung ist nur eine Sache auf dem Wege, den die bayerischen Genossen gegangen sind, indem sie bereits vor der Hauptwahl die Mandate mit den Liberalen verteilt haben. (Lebh. Zurufe v. d. Süddeutschen: Das sind ganz andere Verhältnisse! Ebert: Keine blaße Ahnung!)

Rappenhelm-Schwabe bestreitet, daß die Liberalen in Schwabe-Schmalzladen für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben und daß darauf der Ausgang der Wahl in Nordhausen zurückzuführen wäre. Bei uns haben die Liberalen aufgefordert, für den Antisemiten einzutreten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Weis-Berlin (persönlich): Wenn Pied meinte, ich sei jetzt in Berlin still geworden, so ist das ein Irrtum, der jedenfalls darauf zurückzuführen ist, daß Pied noch nicht lange in Berlin ist und daß vor seiner überragenden Persönlichkeit naturgemäß alle anderen in den Hintergrund treten müssen. (Heiterkeit.)

Von den Delegierten Teltow-Beestow liegt folgende Erklärung vor: Wir können uns mit den Ausführungen Pieds nicht einverstanden erklären. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, teilen wir dem Parteitag mit, daß Pied nicht von Bremen, sondern von Teltow-Beestow delegiert ist. (Große Heiterkeit.)

Pied-Berlin: Diese Erklärung ist eine Amalgam. Ich bin von Teltow-Beestow gewählt, obgleich die Genossen meine Stellung zum Stichwahlabkommen kannten.

Scheidemann (Schlußwort): Uebrigens kann ich wohl zur Tagesordnung übergehen. Den Schluß der Debatte bedauere ich sehr (sehr richtig!), denn die bisherigen Ausführungen in der Debatte waren recht einseitig. — Gegenüber Teltow bin ich in einer schwierigen Lage. Er ist ein geschickter Advokat und ich nur ein Bureaufkrat. (Heiterkeit.) Er hat mir Unrecht getan. Es ist mir nicht eingefallen, mit seinem Namen Witze zu machen. Er hat die Sache geschickt dadurch verschoben, daß er weniger auf die Ursachen, die uns zur Dämpfung zwangen, einging, als auf die Haltung der Freisinnigen in Nordhausen. Von einem „Totschlag der Organisationen“ durch das Abkommen kann keine Rede sein. Keiner von denen, die die Dämpfung angriffen, hat gesagt, wie wir es anders machen sollten. (Sehr richtig!) Wer da sagt ablehnen, hat einfach nicht begriffen, worum es sich bei den Stichwahlen handelte. (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk wäre ohne dies Abkommen um die Erfolge des 12. Januar betrogen worden. Ich meine, meine Rede war so über-

zeugend, daß keiner hätte dagegen zu reden brauchen. (Große Heiterkeit.) Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß wir glauben, im Interesse der Partei zu handeln zu müssen. Da verdienen wir keinen Tadel. Ein besonderes Lob ist ebenso wenig nötig. Ich ersuche Sie, über alle Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)

Mit großer Mehrheit geht der Parteitag über alle Anträge zu diesem Punkt zur Tagesordnung über.

Es folgt der Punkt

Bergarbeiterschutz.

Hierzu liegt die Resolution 199 vor:

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massentatropfen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast dauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiten sei hinreichend gesorgt, unwahr ist. Die unbestreitbare Tatsache der erheblich geringeren Unfallziffern in anderen europäischen Bergwerksländern spricht schon dafür, daß in Deutschland nicht alle erfolgversprechenden Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Anwendung sind. Ein Vergleich der deutschen mit der ausländischen Bergarbeiterschutzgesetzgebung zeigt auch die Rückständigkeit der letzteren. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklich zur Beschließung über eine den modernen Betriebs- und Arbeiterverhältnissen entsprechende reichsgerichtliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders heißen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;
2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt;
3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schwereren und gefährlicheren Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
4. Anstellung von Grubenkontrolleuren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfall-opfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;
6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß die gesetzliche Verwirklichung und strenge Durchführung der gestellten Forderungen allein eine Verbesserung des Bergarbeiterschutzes herbeiführen wird.

Berichterstatter Hue-Bodum: Es haben sich in den letzten Wochen wieder große Katastrophen auf Bergwerken ereignet. Diese Häufung der Katastrophen steht zweifellos in ursächlichem Zusammenhang mit der stürmischen Hochkonjunktur im Bergbau. Daß es möglich sei, alle Grubenunfälle zu beseitigen, haben wir nie behauptet. Aber durch eine gründliche Verbesserung der Betriebseinrichtungen wäre es möglich, diese Katastrophen erheblich zu vermindern. Die Schlags-

wetterexplosionen, die man früher für unvermeidbar hielt, sind schon wesentlich eingeschränkt worden. Man soll daraus nicht das Hauptgewicht auf die Massentatropfen legen. In den letzten 4 Jahren sind 7059 Bergleute durch Unglücksfälle sofort getötet worden, aber nur 408 davon bei Massentatropfen. (Hört, hört!) Der beste Teil der Volkstraf, die kräftigsten Arbeiter werden durch das heutige Betriebssystem dahingerafft. — Das Unglück auf der Zeche „Lothringen“ ist ja durch den Besuch des Kaisers auf der Zeche zur Welt-sensation geworden. In dem Bericht der von der Werksleitung dem Kaiser erstattet wurde, hieß es, die Nachlässigkeit eines aufsichtsführenden Beamten habe das Unglück verschuldet. In der Tat ist aber nach den mir zugegangenen Mitteilungen der Kaiser über den Ausgangsbericht der Katastrophe und damit über seine Ursache falsch unterrichtet worden. (Hört, hört!) Im vierten Abteilungsquerschnitt der dritten Sohle, der von der Werksleitung als Herd der Explosion bezeichnet wurde, waren bereits eine Viertelstunde vor der Katastrophe die Sprengarbeiten vollendet. Als wirklicher Explosionsherd soll nach der Ansicht Sachverständiger vielmehr der Ort 5 des Flöz g in Betracht kommen. Auf jeden Fall ist der Kaiser sehr voreilig berichtet worden. Und die Folge davon ist, daß die Arbeiter wieder einmal als die Schuldigen hingestellt werden. Daß das auf die Bergleute verbitternd wirken muß, ist klar (sehr richtig!). Und ebenso wird eine solche Berichterstattung an die höchste Stelle im Reich natürlich auch auf die Reichsgesetzgebung nicht ohne Einfluß bleiben. Der Zustand der betr. Sohle ist nach den Aussagen der Beteiligten keineswegs so einwandfrei gewesen, wie die Zecheverwaltung es jetzt hinstellt. Fest steht, daß die Verewaltung der Zeche „Lothringen“, dieser angeblichen Musterzeche einen ordnungsmäßig gewählten Sicherheitsmann an der Ausübung jener amtlichen Funktion behindert hat. (Hört, hört!) Fest steht auch, daß als der Kaiser auf die Zeche kam, gerade der Sicherheitsmann, der am genauesten mit den einschlägigen Verhältnissen Bescheid wußte, nicht auf den Zecheplatz kommen konnte. (Hört, hört!) Daß das heutige System der Sicherheitsmänner für die Bergwerksverwaltungen ungefährlich ist, hat ein Bergassessor bei einer Gelegenheit mit brutaler Offenheit anerkannt, indem er sagte: „Die Sicherheitsmänner bleiben ja im Dienst der Zeche. Der Steiger hat die Leute bezüglich ihres Lohnes in der Hand und mit Geld ist vieles zu machen.“ (Lebh. Hört, hört!) Das bekannte Geheimprotokoll der Bergherrenkonferenz beweist am besten, daß das jetzige Sicherheitsmännerystem nur weiße Seife ist. (Sehr wahr!) Trotzdem die Regierung durch Veröffentlichung dieses Protokolls seitens der „Bergarbeiter-Zeitung“ darüber unterrichtet war, daß es sich um einen ungeheuerlichen sozialpolitischen Betrug bei dem Sicherheitsmännergesetz handelte, hat sie sich daran nicht gelehrt. (Hört, hört!) Interessant ist auch, daß dies Gesetz, trotzdem seine Vorgeschichte bekannt war, mit den Stimmen aller Zentrumsabgeordneten im Landtag angenommen worden ist, einschließend der pflichtvergessenen Arbeitervertreter des Zentrums. (Hört, hört!) — Natürlich kommen auch Unglücksfälle durch die Schuld von Bergleuten vor. Das hängt damit zusammen, daß man große Massen völlig betriebsunfähige Leute aus den östlichen Provinzen, sowie Ausländer in die Gruben schickt und sie sofort an gefährlichen Stellen arbeiten läßt. (Hört, hört!) Die Unterbeamten werden gezwungen, ein bestimmtes Pensum zu liefern, sonst werden sie durch Entzug von Prämien und Strafschichten bestraft. So kommt es, daß Leute bis 36 Stunden in der Grube bleiben. (Hört, hört!) Dies ungeheuerliche Ausbeutungssystem ist das Grundübel, das die Unfälle verursacht. In Belgien und England, wo dies völlig unbeschränkte Ausbeutungssystem wie in Deutschland nicht besteht, ist die Zahl der Unfälle verhältnismäßig viel geringer. Dort ist auch das System der Arbeiterkontrolleure erheblich besser ausgebaut, auch ist die Dauer der Arbeitsschichten auf 8 bis 8½ Stunden beschränkt, während bei uns noch Schichten von 12 bis 16 Stunden unter Tage vorkommen. (Hört, hört!) Fürsibar sind infolge dieser Vernichtung der Volksgeundheit die Krankheitsziffern im deutschen Bergbau. Von 1000 Bergleuten werden in der

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(27. Fortsetzung.)

Beide waren in Reichardts unmittelbarer Nähe in die Kuffisse getreten, und kaum hier angelangt, wollte Matilde sich von ihrem Begleiter wegwenden, als dieser, wie in Ekstase, sich ihrer beiden Hände bemächtigte und wie halbseitig von seiner Empfindung, in demselben schmerzlichen Tone, der seinen Gesang bezeichnet, ausrief: „Matilde, Matilde, hüßst Du denn noch immer nichts?“

Sie wollte sich mit einer kurzen Bewegung frei machen, aber er hielt sie fest und fiel vor ihr auf die Knie. In ihr gleiches Gesicht stieg das Rot des Zorns. Sie schämte sich also wirklich nicht, Sie, ein verheirateter Mann, ein schutzloses Mädchen zu verfolgen?“ rief sie mit dem Ausdruck der bittersten Verachtung.

„O Matilde, sieh meine Tränen!“

„Sie haben wieder getrunken, Herr, das ist alles!“ Reichardt, von Überraschung gefesselt, wußte nicht sogleich was zu tun; da sah er den Bariton aufspringen und seine Arme ausbreiten, hörte: „O Matilde, ich kann Dich nicht lassen!“ und wollte hinzureißen, als eine kräftige, klatschende Ohrfeige auf des Liebeerregten Gesicht fiel, die diesen einen Schritt zurücktaumeln machte; im gleichen Augenblicke war auch das Mädchen verschmunden.

Auf der Bühne gingen eben die letzten Töne des Schlüssels im dem neuausbrechenden Beifallssturm unter.

Reichardt fand es jetzt nicht für geraten, seine Anwesenheit kund zu tun; er wartete, bis der abgewiesene Liebhaber, der sich rasch zu fassen schien, als er den Aktluß inne wurde, davon ging, und verließ dann seinen Bestock.

Auf seine Frage, wo er wohl die Schwester finden könne, wurde er nach einem der Garderobenzimmer gewiesen und nicht ohne eine Art von Befangenheit klopfte er hier an. Er hielt es für seine Pflicht, dem Mädchen zu sagen, daß er die eben stattgefundene Szene belauscht, daß sie sich als unter seinem Schutze betrachten möge, und daß er beabsichtige, dem Menschen eine gebührende Lektion zu geben; demohingeadtet hüßte er sich auf so völlig fremdem Boden, kannte so wenig die möglichen Beziehungen und den herrschenden Ton in dergleichen Kreisen, daß er nicht wußte, ob es nicht vielleicht distreter sei, nichts gesehen zu haben.

Sein Pochen blieb ohne Antwort, und erst als er den Grund an die Tür legte und halblaut sagte: „Mag ist es, Matilde!“ schob sich der innere Ringel zurück. Mitten unter den reichen Gewändern und Schmuckgegenständen, welche

überall in dem kleinen Raume ausgebreitet lagen, blühte ihm Matilde, in ein leichtes Tuch gehüllt, mit einem Gesichte entgegen, das sich zu lächeln bemühte und es doch nicht vermochte, mit Augen, von welchen eben die Tränen gewischt zu sein schienen und die dennoch im hellen Wasser schwebten — und Reichardt dachte nicht mehr an die Indiskretion, die er sich gefürchtet hatte zu begehen. „Tue Dir keinen Zwang an, Matilde“, sagte er, ihr die Hand entgegenstreckend, „ich bin willenlos Zeuge des letzten Auftrittes hinter der Kuffisse gewesen, sage mir nur, ob ich als Dein Bruder handeln darf, und ich denke, der Mensch soll Dich nicht mehr belästigen!“

Ein tiefes Rot war bei seinen ersten Worten in ihr Gesicht geblühen, das nur langsam sich wieder verlor. „Du warst Zeuge?“ erwiderte sie, sichtlich ihre Erregtheit niederkämpfend, „gut, so habe ich Dir von Begegnissen dieser Art nicht erst zu erzählen. Laß es aber nur, fuhr sie, seine Hand drückend, fort, während trotz ihres Ringens nach Fassung ihre Augen immer wieder überquollen, „ich werde allen Qualitäten dieser haltlosen Stellung ein Ende machen und mir den nötigen Schutz verschaffen — morgen schon. Heute abend aber sprechen wir noch ein weiteres mit einander. Ich habe in der zweiten Abteilung nur einmal, gleich zu Anfang zu singen. Hole mich hier ab, sobald ich durch bin, damit wir allein nach Hause kommen — und nun geh, damit ich mich nicht mehr aufrege, als jetzt für meine Stimme gut ist!“ Sie drückte ihm von neuem die Hand, und er ging, ohne ein weiteres Wort zu sagen. Auf der Bühne hatte bereits eine neue Produktion begonnen; er stieg die kurze Treppe nach einer der Theaterlogen hinauf und setzte sich im Hintergrunde derselben nieder; aber er hörte wenig von der Szene. Seine Gedanken waren bei dem Mädchen, welche das Angelegene ihrer Stellung so tief empfand und dennoch sich an dem eigenen Mute und dem Vertrauen auf die innere Kraft immer wieder aufrichtete. Eine warme Teilnahme an ihrer Lage begann sich seiner zu bemächtigen, er grübelte, woher ihr wohl der Schutz, den sie sich so schnell zu verschaffen gedachte, kommen solle, ob sie wohl daran denke, ihren jetzigen Beruf zu verlassen, und unwillkürlich trat das Bild einer musikalischen Wirksamkeit an ihrer Seite vor seine Seele. Er mußte lehren, während sie sich schnell zu seiner Unterstützung heranbilden würde; sie Kirchengängerin und er vielleicht am gleichen Orte Organist, beide in den besten Familien eingeführt, überall geehrt und geachtet — es lag eine Stille und behagliche Ruhe in dem Bilde, die ihm nach der Unsicherheit und Raschlosigkeit seines bisherigen amerikanischen Lebens eigentümlich wohl tat. Die Szene war zu Ende, eine neue hatte begonnen, aber kaum riß ihn der lärmende Bei-

fall des Auditoriums für Augenblicke aus seinen Träumereien, und erst als Matildens silberklare, mächtige Stimme an sein Ohr schlug, raffte er sich wieder zur Wirklichkeit empor.

Als er kurze Zeit nach ihrem Abtreten sich an ihrer Garderobe meldete, fand er sie bereits zu seiner Begleitung fertig. An seinen Arm gehangen schritt sie, ohne die fragenden Blicke der übrigen Sänger zu beachten, nach dem Ausgange; nur als sie hier auf den Direktor traf, welcher mit einer tiefen Verneigung zur Seite trat, blieb sie stehen und sagte: „Ich gehe, Monsieur Jonfride, da ich doch heute nicht weiter nötig bin; ich möchte Sie aber bitten, mir morgen früh eine halbe Stunde in meinem Zimmer zu gönnen.“

Reichardt sah, wie es in dem Gesichte des Mannes aufleuchtete, ähnlich dem Ausdruck, welchen jener bei Matildens erstem Auftreten in seinen Zügen beobachtet hatte. Das Mädchen aber neigte nur leicht den Kopf und zog ihren Begleiter nach der matt erleuchteten Treppe. Wortlos schritten beide neben einander hinab, bis sie die Straße erreicht hatten.

An der norderen Ecke des Theatergebäudes stand ein Mann mit weißem Sommerhut, der langsam aus ihrem Wege trat, als sie die Stelle passierten. Fast war es Reichardt, als hänge sich das Mädchen beim Anblick des Wartenden fester an seinen Arm. „Ich glaube, der Mensch folgt uns“, sagte sie nach einer Weile halblaut, „laß uns schärfer gehen!“

„Und was siegt daran, wenn er uns folgt?“ fragte er mit einem neuen Anfluge von Befremdung.

„Daß er imstande ist, uns anzureden und an unserer Seite zu bleiben“, erwiderte sie, ihren Begleiter zu schärferem Schritte drängend; „ich möchte aber jetzt weder eine Silbe von ihm hören, noch Dich in einem Wortwechsel mit ihm sehen!“

Reichardt gab schweigend ihrem Drängen nach; als er aber beim Umbiegen der nächsten Ecke zurückblickte, sah er wirklich in geringer Entfernung den Agenten ihrem Wege folgen.

IX.

Eine Viertelstunde später saßen beide in Matildens kleinem Zimmer im Hotel. Das Mädchen hatte sich, ihrer Umhüllungen entledigt, wie erschöpft in die Polster des Divans fallen lassen und die Hand vor die Augen gedrückt, während Reichardt einen Stuhl herangezogen und sich mit dem unverblühten Ausdruck der Teilnahme und stiller Spannung ihr gegenüber niedergelassen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Regel im Jahre 600 frant. (Hört, hört!) Das weiß niemand, weil man sich immer nur um das Drama der großen Katastrophen kümmert. (Sehr wahr!) Und die Bergbehörde behauptet dem gegenüber, der Gesundheitszustand im deutschen Bergbau sei befriedigend. (Hört, hört!) Der Menschheit ganzer Jammer faßt uns an, wenn wir an die Bergbehörde denken. Ihre Beamten mühten ebenso wie die Richter unabhängig und unabsehbar gemacht und in ihrem Gehalt so gestellt werden, daß die Veruchung für sie nicht allzu groß ist. (Sehr richtig!) In diesem Frühjahr war die Gelegenheit für die Bergarbeiter gegeben, das Joch des Bergkapitalismus etwas zu mildern. Aber der Kampf mußte abgebrochen werden, in Folge des infamen, organisierten Massenstreikbruchs der christlichen Arbeiter. Infolge dieser Vorgänge ist eine völlige Apathie unter den Bergleuten eingetreten, was sich auch bei dem Unglück auf der Zeche „Lothringen“ gezeigt hat. Wenn wir uns ein Verdienst um diese wichtige Arbeiterfrage erwerben wollen, so müssen wir durch einstimmige Annahme meiner Resolution bekunden, daß nach wie vor die deutsche Bergarbeiterschaft in der Sozialdemokratie ihre beste, ihre zuverlässigste Stütze findet, daß wir denen, die im Schatten leben, ein lichtvolleres Leben schaffen wollen. (Stürm. Beifall.)

Von einer Diskussion wird Abstand genommen, die Resolution wird einstimmig angenommen.

Den Bericht der

Reichstagsfraktion

erstattet hierauf

Stadthagen: Im Hinblick auf den gedruckt vorliegenden Bericht kann ich mich kurz fassen. Die Aufgabe der Fraktion ist, im Interesse des Proletariats und des Mittelstandes die Gesetzgebung zu beeinflussen und die ungeheuerlichen Vorrechte des kleinen Teils der Besitzenden zu beseitigen. Die Debatten über die Duellfrage haben bewiesen, daß gerade die Kreise, die heuchlerisch behaupten, die Sozialdemokratie fordere zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf, selbst die prächtigen und unverwundlichsten Verhöhrer bestehender Gesetze sind. (Sehr wahr!) 650 Millionen für Wehrforderungen hat die Mehrheit des Reichstages im Handumdrehen bewilligt und die Dedung ausschließlich aus den Taschen der großen Masse genommen. Hier haben auch die Nationalliberalen die Gelegenheit benützt, umzuwallen. Die angebliche Aufhebung der Liebesgabe bedeutete vielmehr eine Erhöhung dieser Brantweinliebesgabe. Die Resolution, in bezug auf die sog. allgemeine Besitzsteuer ist nichts als ein Freudenblatt, das nicht einmal in der Lage ist, die Schamhaftesten des schwarzblauen Blochs in der Dedungsfrage zu verdecken. Unsere Fraktion hat erklärt, daß wir für Heer- und Flottenvorlage keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, daß wir aber in der gegenwärtigen Situation, wenn wir erreichen können, daß eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann, bereit sind, für eine Erbschaftsteuer zu stimmen. Ein Antrag der Konservativen auf Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Koalition der Arbeiter ist zwar mit großer Mehrheit abgelehnt, aber wir müssen trotzdem weiter auf der Hut sein und müssen vor allem darauf dringen, daß positive Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter geschaffen werden. Einige Worte zur Präsidentenfrage. Vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Parteien hatten wir selbstverständlich einen Sitz im Präsidium zu beanspruchen. Aber es konnte nicht unsere Aufgabe sein, irgend eine Verpflichtung zu übernehmen, die außerhalb der staatsrechtlichen und in der Geschäftsordnung begründeten Vorschriften lag. Das haben selbst die Nationalliberalen anerkannt. Mit über Zweidrittelmehrheit hat die Fraktion beschlossen, auf keinen Fall zu gehen, um dort Mitteilnahme von der Konstituierung des Reichstages zu machen, weil das eine Verbeugung vor einem bürgerlichen Prinzip wäre. — Unmittelbar vor Schluß des Reichstages entstand dann die Frage, ob die Mitglieder der Fraktion bei einem plötzlichen Hoch auf den Kaiser sitzen bleiben oder hinausgehen sollten. Es wurde in einer kurzen Besprechung in den Wandelgängen beschlossen, hinauszugehen. Diese Frage ist an sich recht müßig. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß, wenn wir durch Zufall im Saale anwesend sind, wenn dem Monarchen eine Huldbildung dargebracht wird, wir selbstverständlich sitzen zu bleiben haben. (Sehr sehr richtig!) Das ist zweifellos die Ansicht der Fraktion. — Dann hat in der Freie das Verhalten der Fraktion in der Klaustratfrage zu einer kurzen Debatte Anlaß gegeben. Die Fraktion hat beschlossen, die betreffende Forderung für die Befreiung der Truppe in Klaustron während der Revolution in China abzulehnen. Es ist kein einziger Deutscher während dieser Revolution dort geschädigt worden. Wenn wir die Forderung der Regierung anerkennen wollten, wäre das dasselbe, als wenn wir den Engländern die Berechtigung zuerkennen wollten, aus Anlaß des brutalen Mordes der Polizei in Moskau gegen englische Sozialisten ein Armeekorps nach Berlin zu versetzen. (Heiterkeit.) Die 100 Mann sind nicht nach Klaustron geschickt zum Schutz von Leben und Gesundheit von Deutschen, sondern um unsere imperialistische Politik im Interesse der großkapitalistischen Hochfinanz zu fördern. Die Fraktion wird auch wie vor bestehen sein, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu Gunsten der Arbeiterklasse das, was innerhalb des Parlamentes zu erreichen ist, herauszuholen. Aber ich möchte dem entgegenzutreten als ob die Fraktion, weil sie nun 119 Mann stark ist, auf einmal alle möglichen Wünsche erfüllen könne. Unsere Stärke beruht auf dem Bewußtsein, daß hinter uns die große Masse des Volkes nicht als Stimmvieh, sondern als bewußte Klassenkämpfer steht. Erhalten Sie nicht in den Bemühungen, neue Genossen heranzuziehen und an der Vertiefung der gewonnenen zu arbeiten. Nur so ist es möglich, den Genossen im Parlament die Wirkungsmöglichkeit zu geben, die wir alle wünschen. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über das Verbot wird eröffnet. Zur Debatte gestellt werden die Anträge betreffend die Eisenacher Sonderkonferenz, der Fall Landsberg und eine große Anzahl Punkte an die Reichstagsfraktion.

Herrn v. Bismarck: Genosse Stadthagen hat an unsern geschätzlichen Standpunkt gegenüber allen böhschen Veranlassungen Ihre und überzeugend zum Ausdruck gebracht. Ich kann deshalb nur noch einmal darauf hinweisen, daß es ungeheure Enttäuschung erregt hat, wie sich Genosse Landsberg beim Schluß des Reichstages benommen hat. Das Verhalten Landsbergs war um so bedauerlicher, als er wiederholt von Genossen zum Verlassen des Saales angefordert worden war. Es ist deshalb notwendig, die Resolution gegen Landsberg anzunehmen, damit solche Vorgänge sich in Zukunft nicht wiederholen. (Beifall.)

Herrn v. Magdeburg: Ich habe die Fraktion auf, im Reichstag gegen die planmäßige Verarmung und den planmäßigen wirtschaftlichen Schatz von Arbeitswilligen Front zu machen. Er erzählt den jüngsten Vorfall aus Burg bei Magdeburg, wo ein Arbeitswilliger nichts anderes als Streit nötig arbeitenden Genossen niederknien hat und als er verhaftet werden sollte, einfach erklärte: Ich bin Arbeitswilliger bei der und der Firma. Er wurde zwar abgeführt aber nicht wieder entlassen. (Hört, hört!) Die Arbeitswilligen brauchen vor allem, daß man ihnen die Schlüssel zu ihrem Schatz herbeibringt. (Beifall.) Statt Schatz für die Arbeitswilligen sollte es besser heißen: Schatz vor den Arbeitswilligen.

Herrn v. Bismarck: Ich werde mich gegen die Sonderkonferenz der Parteiung werde hinsichtlich der Sonderkonferenz verhalten. Das die Präsidentenwahl anlangt, so

meine ich, wenn man gegen die Eintrittsliste war, so hätte man auf die ganze Beteiligung bei der Präsidentenwahl verzichtet sollen. Daß ohne Hoffnung die Amtsdauer von Scheidemann nur kurz sein konnte, hätte man voraussehen können. Dann wäre den Genossen die Enttäuschung erspart geblieben. (Gelächter. — Aufse: Wer ist enttäuscht worden?) Die ist zweifellos vorhanden gewesen und die schönen Bilder des Vizepräsidenten Scheidemann wären noch lange nicht alle verkauft, als die Präsidentschaft schon vorüber war. Man hat auch die Verhältnisse unserer Gegner nicht genügend in Rechnung gestellt, namentlich des Zentrums. Wer früher noch manchmal von demokratischen Instinkten im Zentrum geträumt hat, ist wohl jetzt völlig davon kuriert. Das Zentrum ist unser gefährlichster Gegner und es muß von der Fraktion systematisch noch als bisher bekämpft werden.

Die Genossen Ledebour, Hoch, Wurm und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht:

In Erwägung, daß unerbündliche Aussprachen, die nur der Vertändigung der Genossen dienen und die schon seit jeher stattgefunden haben, die Rechte der Organisationen nicht beeinträchtigen, in Erwägung ferner, daß sie unvermeidlich und geeignet sind, die Geschlossenheit der Partei zu fördern, erklärt der Parteitag die Angelegenheit durch die Aussprache für erledigt und lehnt alle Anträge gegen die Sonderkonferenzen ab.

Hoch-Hanau begründet den Antrag. Das erfreuliche in den Debatten über die Sonderkonferenzen ist der einmütige Wille der Partei, die Geschlossenheit der Partei zu fördern. Das ist auch unser Wille. Aber solche Sonderkonferenzen haben bei uns und in andern Parteien stets stattgefunden. Es ist erstaunlich, daß jetzt gerade die Kreise sich über unsere Sonderkonferenz so entrüsten, die sich nicht entrüsten haben, als in Magdeburg der Disziplinlosigkeit geradezu das Wort geredet wurde. In unwahrscheinlicher und schamloser Weise wird von dieser Seite jetzt gegen uns Stimmung gemacht. (Unruhe; Vorsitzender: Roste rügt diese Ausdrücke Parteigenossen gegenüber.) Jrgend welche Beschlüsse werden auf der sog. Konferenz nicht gefaßt, es war lediglich eine gegenseitige Aufklärung über die Beschlüsse der Organisationskonferenz und das soll ein Staatsverbrechen sein! Und gibt es nicht auch schriftliche Aussprachen. Ist das Parteitagshesheit der „Sozialistischen Monatshefte“ nicht auch eine Art Sonderkonferenz. (Heiterkeit.) In der „Magdeburger Volksstimme“ wurde behauptet, die Konferenz sei schon im Reichstag verabredet. Das ist nicht richtig; ebenso wenig wie in Eisenach über irgend welche Personenfragen gesprochen worden ist. Gegenseitige Behauptungen sind einfach aus den Fingern gelogen. Diese Art des Vorgehens trägt zur Vergiftung des Parteilebens bei. Wir sind durch das Vorgehen der Revisionisten zu unserer Konferenz gezwungen. (Dr. David: Das ist un wahr!) Wir werden das beweisen. (Dr. Frank: Sind Sie denn bereit, auf die Konferenzen zu verzichten?) Wir würden es für einen Betrug halten, wenn wir hier Beschlüssen zustimmen würden, die doch nicht gehalten werden können. (Lebh. Zustimmung.) Solche Konferenzen sind heute für uns das wichtigste Mittel, die Geschlossenheit der Partei und die Arbeiten des Parteitags zu fördern. Auf dem Parteitag in Magdeburg war es der Genosse Frank, der in einer bestimmten Situation beantragte, die Sitzung zu vertagen, damit Sonderkonferenzen abgehalten werden können. (Lebh. Zustimmung; große Unruhe bei den Südd.; Dr. Frank: Unhörbar!) Da standen auf der einen Seite die Anhänger des Genossen Dr. Frank, auf der andern Seite wir, in der Mitte der Parteivorstand und in ein paar Minuten hatten wir uns verständigt. Wir haben in unsern Sonderkonferenzen gerade den Heißsporn gewisse Jügel angelegt, und gesucht, das herauszufinden, was zu einer Verständigung führt. Das ist ein besserer Weg, als wenn die Verständigung in Cafe- und Butterbrotabende gedrängt wird. (Unruhe und sehr richtig!) Wir werden uns dem Beschluß des Parteitags loyal fügen; hoffentlich fördert er, was wir und die Antragsteller wollen, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei. (Lebh. Beifall.)

Herrn v. Altona: Die Frage der Sonderkonferenz sollte viel ruhiger und tüchtler behandelt und nicht gleich zu einem Richtungsstreit gemacht werden. Haben doch beide Seiten, Ströbel in der „Neuen Zeit“ und Heine in den „Soz. Monatsheften“ sich gegen das Verbot von Sonderkonferenzen ausgesprochen. Es ist ja auch ganz unmöglich festzulegen, was eigentlich Sonderkonferenzen sind. (Sehr richtig!) — Die Protokollresolution der Berliner im Fall Landsberg entspricht keineswegs der Bedeutung der Sache. Man sollte den Trommelschlag etwas dämpfen und sollten es bei dem Beschluß der Magdeburger Organisation belassen. Hier wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Gen. Landsberg zweifellos einen Disziplinbruch begangen hat und bringt andererseits zum Ausdruck, daß es selbstverständlich ist, daß unsere parlamentarischen Vertreter an monarchischen und höfischen Veranstaltungen niemals teilnehmen.

Herrn v. Brandenburg: In den Kreisen der Parteigenossen herrscht über die Sonderkonferenzen große Erregung und es wird eine motivierte Erklärung notwendig sein, um die erregten Gemüter draußen zu beruhigen. Redner behandelt die einseitige Regelung der Strafrechtsreform auf moderner Grundlage und weist darauf hin, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, wie ein modernes Strafgesetz auszusehen hat. Professor Liszt ist in einzelnen Dingen sehr reaktionär. Es steht noch nicht fest, ob er namens der Liberalen die Prügelstrafe vertreten wird, wie er für die Todesstrafe eingetreten ist. Im Hinblick auf die Verhandlungen des letzten Juristentages muß sich der Parteitag gegen die Todesstrafe aussprechen. damit die Juristen erfahren, daß die Masse des Volkes gegen die Todesstrafe ist. (Beifall.) Weiter sollten die trafen Fälle von Klassenjustiz sorgsam gesammelt und veröffentlicht werden.

Herrn v. Mannheim: Ich bedauere, daß Hoch in unsere Verhandlungen ohne Veranlassung einen so scharfen Ton gebracht hat, trotzdem er dem Frieden dienen zu wollen vorgab. Ich stelle fest, daß von den Anträgen gegen die Sonderkonferenzen nicht ein einziger aus Süddeutschland stammt. (Sehr richtig!) Hoch hat gesagt, die Revisionisten hätten mit den Konferenzen angefangen und sie seien unerbündlich. Das ist ein Widerspruch, denn aus seiner ersten Behauptung geht doch hervor, daß es eine Zeit in der Partei gegeben hat, wo die Partei ohne Sonderkonferenzen auskam und gut dabei stand. Richtiger ist seine zweite Behauptung, solche Konferenzen seien unerbündlich. Es ist recht gleichgültig, jetzt zu unteruchen, wer angefangen hat, die Sonderkonferenzen sind nun einmal eine Tatsache und wenn Genosse Hoch nicht das Verschulden auf die eine Seite hätte abwälzen wollen, hätte ich kein Wort darüber verloren. Wir haben vorher nicht Richtungs- aber landsmannschaftliche Konferenzen abgehalten, als uns das notwendig schien. Daß die Konferenzen unerbündlich sind, kann ich nicht anerkennen. Sie dienen nicht der Verhöhnung, man kann ohne sie auskommen. Wir sind auf diesem Parteitag nicht eine Minute zusammengetreten. (Ledebour: Dort ist Ihr Aktionsausgang!) Sie übertragen Ihre Methode auf uns. Also ich kann nur sagen: die Sonderkonferenzen existieren, wer damit angefangen hat, ist eine müßige Frage. Es kommt vielmehr darauf an: kann die Partei ohne Sonderkonferenzen auskommen? Und da sind zahlreiche Parteigenossen der Meinung: ja, es geht, wenn wir alle uns als Sozialdemokraten fühlen. Ich kann auch im Namen der süddeutschen Genossen erklären, daß wir im Sinne dieser Überzeugung auf diesem Parteitag auch schon gehandelt haben und daß wir bereit

sind, wenn von der andern Seite das gleiche gewünscht wird auf Sonderzusammenkünfte in Zukunft zu verzichten. Wenn Hoch behauptet hat, ich hätte in der Kommission, vom Parteitag eingeleitet war, eine Sonderkonferenz selbst verlangt, so ist das eine Entstellung der Wahrheit und ich hätte allen Anlaß, Hoch die scharfen Worte zurückzugeben die er gegen meine Freunde gebraucht. Ich habe lediglich als der Parteivorstand neue Vorschläge gebracht, die wir nicht kannten, gebeten, die Sitzung zu unterbrechen, damit man sich im Rahmen der Kommission privatim verständigen kann. Ich habe auch mit dem Parteivorstand und mit Hoch in dieser Viertelstunde mich unterhalten. Das ist also ganz etwas anderes. Es mag wahr sein, daß es unmöglich ist, eine private Verständigung von Genossen einer Richtung zu verhindern, aber Tatsache ist auch, daß durch solche Konferenzen, die im Begriff sind, sich zu Sonderorganisationen auszuwachsen, auf die Dauer die Partei in Gefahr gebracht wird. Wenn Sie noch nicht dazu kommen wollen, ein Verbot von Sonderkonferenzen auszusprechen, so würde ich mindestens empfehlen, daß der Parteitag den dringenden Wunsch ausdrückt, diese Sonderkonferenzen abzuschaffen. Dadurch wird sicher dem Frieden in der Partei am besten gedient werden. (Bravo!)

Herrn v. Niederbarnim hält die Sonderkonferenzen durchaus für entbehrlich. Zur Erörterung von Parteifragen sind die Organisationen da. Wenn die Sonderkonferenzen weiter um sich greifen, so leidet die Partei Schaden. Man hat den Revisionisten vorgeworfen, daß sie sich gesellschaftlich abgeschlossen haben. Aber wenn man den Frieden will, soll man das, was man nicht schon findet, nicht nachmachen. Es läuft folgender Antrag Sindermann ein:

Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Parteigenossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestimmter Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge betreffend Sonderzusammenkünfte zur Tagesordnung über.

Herrn v. Bismarck: Ich bedauere, daß wir uns an der Präsidentenwahl beteiligt haben. Wir haben aber damit nur getan, was bisher schon Übung war und wenn Mehrfeld diesen Standpunkt nicht billigt, hätte er schon vor Jahren dagegen auftreten müssen. Daß wir eine moralische Niederlage bei der Präsidentenwahl erlitten hätten, bestreite ich entschieden. Darüber war sich die Fraktion nicht im Zweifel, daß Genosse Scheidemann nur eine vorübergehende Erscheinung auf dem Präsidentenstuhl sein würde. (Heiterkeit.) Weiter sagte Mehrfeld, man hätte vor den 110 Laten verlangen. Ich habe aber bereits nach der Wahl 1903 vor der Faktion gewarnt, daß wir als Minoritätspartei besondere Taten verrichten können. Wir haben jedenfalls getan, was in unseren Kräften stand. — Dann liegt ein Antrag vor, der Doppelfandidaturen vermeiden wissen will. Im Prinzip stimmen wir dem alle zu. Aber ich warne davor, einen bestimmten Beschluß nach der Richtung zu fassen. Zu meinem Bedauern ist in Sachen ein solcher Beschluß gefaßt worden. Reichs- und Landesgesetzgebung greifen aber fortgesetzt ineinander und da ist es für unsere Fraktion absolut notwendig, in ihrer Mitte Leute zu haben, die mit den einzelnen Landesangelegenheiten vertraut sind. (Sehr richtig!) Dann ein paar Worte zu dem Thema der Konferenzen. Diese Konferenzen sind schon seit etwa 40 Jahren in der Partei, wenn auch nicht regelmäßig, geübt worden. (Hört, hört!) Wir haben in den 8er Jahren in der Fraktion zwei sehr scharf unterschiedene Richtungen gehabt, namentlich in der Frage der Dampferubvention. Wir standen 18 gegen 6 und zwar waren die Sechse die Linke, wozu ich selbstverständlich gehörte. (Heiterkeit.) Wir würden aber nur fünf gewesen sein, wenn der Sechste, der mit uns stimmte, seiner inneren Herzenneigung hätte folgen können. Aber er hatte eine sehr vernünftige Frau, die hatte ihm geraten: Höre, August, wenn Du jetzt in den Reichstag kommst, wirst Du regelmäßig mit Babel stimmen. (Große Heiterkeit.) Babel ist ein sehr vernünftiger Mann. (Erneute Heiterkeit.) Wir als kleine Minderheit brauchten damals keine Konferenzen, wir haben uns immer sehr rasch verständigt. Aber die andern 18 haben regelmäßig Konferenzen abgehalten. Nachher haben wir uns verständigt und sind sogar einstimmig gegen die Dampferubvention aufgetreten. Von da ab sind meines Wissens im Reichstag nicht wieder Konferenzen vorgekommen bis zum Anfang dieses Jahrhunderts. Nun will ich niemand einen Vorwurf machen, aber doch im Interesse der Wahrheit konstatieren, wie die Sache gegangen ist. Frank hat bereits gesagt, daß die süddeutschen Parlamentarier Landsmannschaftskonferenzen abgehalten haben. Richtig, aber sie haben bei der Gelegenheit auch ihre Latztriften festgelegt und sich insbesondere verständigt, in der Budgetfrage gemeinsam zu stimmen. Diese Art Verbindung ist dann später in den Reichstag übertragen worden. Dann erst ist auch auf der andern Seite das Verlangen entstanden, sich in Sonderkonferenzen zu vereinigen und so ist das seit etwa 7 Jahren beiderseitig geschehen und ist mittlerweile auch auf die Parteitage übertragen worden. Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den zuletzt von Sindermann eingebrachten Antrag annehmen, denn die anderen dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Sie können unmöglich mit gutem Gewissen für die schärfste Beurteilung der Sonderkonferenzen stimmen, während doch ein großer Teil von Ihnen selbst zu den Sündern gehört hat. Ich habe mich ja nie daran beteiligt, wie überhaupt der Vorstand selbstverständlich Zurückhaltung dabei geübt hat. Wir werden uns alle sehr freuen, wenn es künftig ohne Sonderkonferenzen geht. Als der letzte Reichstag zusammentrat, existierten sehr ungleichmäßige Verhältnisse dadurch, daß jede Richtung unter den neuen Fraktionsgenossen Anhänger für sich zu erwerben suchte. Bei mir haben sich Fraktionsgenossen bitter darüber beschwert, indem sie sagten, sie wollten zu keiner Seite gehören, aber dann hätten sie keine Aussicht, als Redner vorzugerufen oder in Kommissionen entsandt zu werden. Daraufhin hat der Fraktionsvorstand beschlossen, es soll diese Art Sonderkonferenzen aufhören, und es solle dem Fraktionsvorstand überlassen bleiben, aus den sich Meldenden die Redner und Kommissionenmitglieder zu bestimmen. Das haben wir auch mit größtmöglicher Unparteilichkeit getan, und es ist bis jetzt ausgezeichnet gegangen. (Bravo!) Also wir werden uns freuen, wenn die Sonderkonferenzen aufhören, und um einen Versuch dazu zu machen, bitte ich Sie, den Antrag Sindermann anzunehmen. (Stürm. Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Wurm zieht den Antrag für die Sonderkonferenzen zugunsten des Sindermannschen Antrages zurück.

Ledebour beantragt nunmehr die Vertagung der Sitzung auf Freitag.

Herrn v. Bismarck: Ich bitte, die Vertagung jetzt abzulehnen und noch das Schlußwort sowie die Abstimmung vorzunehmen, damit nicht durch eine neue Sonderkonferenz das Schlußwort morgen eine bestimmte Tendenz erhält. (Unruhe und Zustimmung.)

Ledebour: Ich verwahre mich gegen diese Verdächtigung meiner Absicht.

Der Parteitag beschließt, die weiteren Verhandlungen zu vertagen.

Herrn v. Bismarck: Die Budapest Arbeiter sind erneut auf die Straße gegangen, um für das allgemeine geheime Wahlrecht zu demonstrieren. Auf den Straßen von Budapest ist Blut geflossen, es herrscht dort gegenwärtig die

Terror des Polizeifabels. Doch die ungarischen Arbeiter werden, ebenso wie früher die österreichischen nicht ruhen, ehe sie das Wahlrecht, das sie erstreben, erkämpft haben. Die ungarischen Arbeiter können versichert sein, daß die deutsche Sozialdemokratie sie in ihrem Kampfe mit den in- nigsten Sympathien begleitet. (Lebh. Zustimmung.)
Schluß 2 Uhr.

Am Freitag hielt Stadthagen sein Schluswort. Nach demselben entspann sich eine längere Geschäftsordnungs- debatte über die Auslegung des S i n d e r m a n n s c h e n A n- trages, der schließlich gegen 5 Stimmen, darunter Ledebour, angenommen wurde. Die Mehrzahl der Anträge wurden der Fraktion überwiesen. Der Fall Landsberg wurde als erledigt erklärt. Sodann hielt Genosse Haase sein Referat über den Imperialismus. Nach längerer De- batte wurde die Resolution des Referenten gegen wenige Stimmen angenommen. Zur Maifeier wurde in nament- licher Abstimmung der Nürnberger Beschluß mit 271 gegen 221 Stimmen aufgehoben. Der Antrag Wels- Giebel, nach welchem nur die Partei- und Gewerkschafts- angestellten ihren Tagesverdienst am 1. Mai abladen sollen, wurde bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt. Hierauf trat Vertagung auf Sonnabend ein.

Zum Referat über den Imperialismus liegt folgende Resolution vor:

Die unter Vertümmelung der Lebenshaltung des aus- gebeuteten Proletariats gemaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anbahnung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwer- tungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Die durch das Schutzsystem mächtig geförderten Organi- sationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienst- bar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg ver- spricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu brin- gen, werden die Nordwerkzeuge in unerhörter Weise ver- mehrt und vervollkommenet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwickelungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Welt- krieges wird noch verschärft durch die schamlose Hez der Kapitalmagnaten und Kunker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwic- lung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben burden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemo- kratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Ge- fühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser voll- ständig übermunden werden kann, so darf doch nichts unter- lassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag befundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Vertrauen ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungs- politik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrund- besitzern dienenden Schutzsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, ge- werkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit ver- stärkter Macht den gewalttätigen Imperialismus zu be- kämpfen, bis er niedergelungen ist. Ist es doch die Auf- gabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter ge- brachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft über- zuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Haase.

Aus der Partei.

Fallschmeldung über Bebel. Die bürgerliche Presse mel- det, daß Genosse Bebel schwer erkrankt sei. Diese Meldung ist nicht zutreffend. Richtig ist lediglich, daß Genosse Bebel sich eine leichte Erkältung zugezogen hat und am Freitag auf ärztliche Anordnung das Zimmer hüten mußte. Gen. Bebel wird aber bestimmt am Sonnabend an der Schlußsitzung des Parteitages teilnehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Metallarbeiterkonflikt in Köln. Die große Lohn- bewegung der Metallarbeiter der Bezirke Köln und Mülheim hat, wie wir berichteten, zu großen Teilerfolgen der Arbeiter geführt. Nachträglich ist es in einem Betrieb zum Ausstand gekommen, und zwar in der Maschinenfabrik von Schuster & Co. in Köln-Kalk.

Palastrevolution im Gewerksverein christlicher Berg- arbeiter. Im Gewerksverein christlicher Bergarbeiter geht es drunter und drüber. Beamte kommen und gehen, werden entlassen und abgesetzt, Vorwürfe fliegen hinüber und her- über, kurzum die reinste Palastrevolution. Der „große“ Stra- tege Hüster, der vor 2 Jahren den Genossen Hué, weil dieser für die Einigkeit der Bergarbeiter plädierte, als das Ur- übel in der Bergarbeiterbewegung bezeichnete, ist sparlos aus dem Ruhrgebiet verschwunden. Niemand weiß, wo er geblieben ist. In Dierfen des Gewerksvereins aber ist er nicht mehr, das steht fest. In Lothringen ist der bisherige

Bezirksleiter Franz Galle vom Gewerksverein entlassen wor- den. Es sollen auch noch weitere Entlassungen bevorstehen. Namentlich für einige auf der Zentrale beschäftigte Beamte soll das Sterbegeld bereits geläutet werden. Die Mit- glieder des Gewerksvereins erfahren von den ganzen Vor- gängen nichts. Sie sind äußerst unzufrieden und werden darum über alles hinwegzutäuschen versucht. Die Leitung des Gewerksvereins ist sich ihrer bösen Situation, in der sie sich mit ihrer Streikbruchtaktik befindet, voll und bewusst. Gerne möchte sie das Odium des Arbeiterverrats, das auf ihr lastet, verwaschen. Sie versucht darum, sich wieder an den Bergarbeiterverband heranzuschließen. Vor kurzem wurde ein Flugblatt an die Knappschaftsmitglieder des Ruhrgebiets vom christlichen Gewerksverein herausgegeben, das von dem „Bergknappen“-Medaiteur Imbusch verfaßt war, in dem so- gar gesagt wurde, daß der Bergarbeiterverband mit dem Ge- werksverein zusammenarbeiten müsse. Durch solche Schreib- weise soll der Eindruck unter den Bergarbeitern erweckt wer- den, als sei der christliche Gewerksverein gewillt, mit den an- deren Bergarbeiterverbänden gemeinsam die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten. Seit dem schändlichen Streik- bruch in diesem Frühjahr nimmt aber kein vernünftiger Berg- mann mehr die Versicherungen der Gewerksvereinsleitung ernst. Namentlich aber dann nicht, wenn solche Versicherun- gen gerade von Imbusch abgegeben werden. Alle Welt weiß, daß man den Worten dieses Herrn nicht glauben darf. Es ist derselbe Imbusch, der am 15. September 1910 in Frei- senbruch, als er die Veröffentlichung seines bekannten Heinrich- Briefes verteidigte, ausführte: „Kameraden, ich wäre ein Lump, wenn ich einen Brief veröffentlichte, von dem ich nicht wüßte, daß er echt wäre!“ Vor Gericht gestellt, wurde Herr Imbusch der Beweis erbracht, daß er einen Brief ver- öffentlicht hat, von dessen Echtheit er nicht überzeugt war. Weil er einen anderen der Verfaßerschaft dieses Nachwerks beschuldigte und diesen beleidigte, wurde Imbusch zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Seitdem ist Imbusch unten durch, und seine Glaubwürdigkeit unter den Bergarbeitern und allen anständigen Menschen erschüttert. Darum schenke auch niemand seinen Schreibereien Glauben. Die Haltung, die Herr Imbusch jetzt in seinem „Bergknappen“ und in seinen Flugblättern einnimmt, lassen aber zur Genüge er- kennen, wie traurig es im Gewerksverein bestellt ist. Ja, ja, alle Schuld rächt sich auf Erden!

Vollständiger Sieg der Neuporter Kürschner. Der Gene- ralsstreik der 12 000 Kürschner Neuports hat nach 11wöchiger Dauer mit einem vollständigen Sieg der Streikenden ge- endet. Sämtliche gestellten Forderungen, wie Anerkennung der Organisation und der Werkstatt-Vertrauensperson, acht- stündige Arbeitszeit, freier Sonnabend-Nachmittag, Be- zahlung der gelegentlichen Feiertage und der Ueberstunden, Be- seitigung des Zwischenmeisterstems innerhalb der Werk- stätten und Verbot, nach Feierabend Arbeit nach Hause zu geben, wurde bewilligt. Dieser glänzende Sieg ist umso höher anzuschlagen, da die Arbeiter einem gut organisierten Unternehmertum gegenüberstanden und von den 12 000 Streikenden kaum 2000 organisiert waren. Die vom Staats- Schlichtungsbeamten eingeleiteten Verhandlungen scheiterten zunächst. Die Arbeiter waren empört, daß die Unter- nehmer neun Wochen lang sich weigerten, zu verhandeln, sie verlangten Anerkennung ihrer ganzen Forderungen, während die Vertreter der Unternehmer den freien Sonnabendnach- mittag nur für die ersten acht Monate zugestehen wollten. Die Unternehmer ließen erklären, daß, bevor sie Zugestän- dnisse machen könnten, die Arbeiter erst bedingungslos in die Werkstätten zurückkehren müßten. Unterdes trachtete es in ihrer Organisation in allen Zügen. Von 820 Unternehmern hatten inzwischen 121 die Forderungen anerkannt, darunter waren drei der größten Firmen. Es ist Hochsaison und jeder Tag kostete ein Vermögen; das wußten die Arbeiter und sie hielten hungernd tapfer Stand. Wie schwierig sich die Ver- handlungen gestaltet haben müssen, läßt sich daraus beur- teilen, daß vom 8. zum 7. September bis morgens 7 1/2 Uhr verhandelt wurde. Die große Mehrzahl der Streikenden hat die elf Wochen unter großen Entbehrungen durchgehalten müssen. In den letzten Wochen hatten sich ca. 500 Komitees gebildet, die in Neuport und in den Vorstädten öffentlich Gelder sammelten. Erreicht wurde der Sieg aber nur durch die Geschlossenheit und den Zusammenhalt der geferten und ungelerten Arbeiter und der Arbeiterinnen.

Soziales.

Die Achtstundenschicht in der Großeisenindustrie. Auf der in der vorigen Woche abgehaltenen Tagung der Inter- nationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz wurde der Beschluß gefaßt, durch zwischenstaatliche Vereinbarungen für Feuerarbeiter in Hochöfen eine Achtstun- denschicht geistlich einzuführen. Die Regierungsver- treter sämtlicher an der Konferenz beteiligten Staaten haben übereinstimmend die Erklärung abgegeben, daß die Re- gierungen sich ihre Stellungnahme zu diesem Beschluß vor- behalten, weil zunächst die Ansichten der Unternehmer über die Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme gehört werden müßten. Wie die Antwort der deutschen Unternehmer aus- fallen wird, kann man an den Ausführungen Buechs er- messen, die dieser in seinem Artikel im „Tag“ machte. Die deutsche Reichsregierung und fünf deutsche Bundesregierun- gen waren auf dieser Konferenz vertreten. Es muß sich bald zeigen, ob der Einfluß der Scharfmacher auf die deutsche Re- gierung härter ist als das Lackmaterial, das von Ge- werksinspektoren und von den Gewerkschaften zu dieser Sache herbeigeschafft worden ist, und ob deshalb der geforderte Arbeiterschutz für die Hochofenarbeiter in Deutschland unter- bleibt.

Kommunales.

Polizeigewalt gegen Volksrechte. In Plaue n. B. soll das Gemeinwahlrecht verächtet werden. Es fanden deshalb am Dienstag zwei Protestversammlungen gegen den neuen Wahlrechtswurf statt, und nach den Versamm- lungen zogen die Teilnehmer, mehrere Tausend an der Zahl, vor das Rathaus, wo die Stadtverordnetenversammlung gerade über eine wegen der Fleischsteuerung an die Regie- rung zu richtende Eingabe verhandelten. Die Polizei ver- suchte die Demonstration zu verhindern, es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen die Polizei den blanken Säbel als Argument gegen das Wahlrecht spielen ließ. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Maßnahme gegen den Jungdeutschlandbund. Das Treiben des Jungdeutschlandbundes scheint auch den Schulbehörden wider den Strich zu gehen. Das rheinische Provinzialschulkollegium erließ eine Verfügung an die ihm unterstellten Anstalten, worin es erklärt, daß es sich nicht empfehle, die Schüler höherer Lehranstalten und der Präpa- randenschulen dem Jungdeutschlandbund zuzuführen, so sehr es sonst die Bestrebungen des Bundes zu unterstützen bereit ist. Die Schüler fänden in Schülervereinen hinreichende Ge- legenheit, sich körperlich zu erlächigen. Eine Beteiligung an Vereinen außerhalb der Schule könne leicht dazu führen, die bereits durch Spiel und Sport nicht selten übermäßig in Anspruch genommene Jugend mehr als wünschenswert in

den ersten Pflichten der Schule lässig zu machen. Diese Verfügung gefällt der Scharfmacherischen „Post“ nicht im geringsten. Deutlich bemerkt sie, daß gerade die Beteili- gung der Schüler höherer Lehranstalten und die damit verbundene Kameradschaft der Jugend aller Stände ein sozialer Faktor sei, dessen Bedeutung man kaum hoch genug veranschlagen könne.

Aus Nah und Fern.

Wieder eine Lehrermäßregelung. Dem „Berl. Total- Anzeiger“ wird aus Magdeburg berichtet, daß die Regierung gegen den städtischen Volksschullehrer Behold in Wers- leben die Amtsentziehung ausgesprochen habe. Gegen ihn war ein Strafverfahren eingeleitet wegen einer Reihe von Artikeln, die Lehrer Behold veröffentlichte, und wegen Er- teilung seines Religionsunterrichts.

Zwei Arbeiter von einer Rangiermaschine überfahren. Aus Königsberg wird gemeldet: Beim Verladen von Säden auf dem Bahnhof wurden zwei Arbeiter von einer Rangiermaschine überfahren. Der eine wurde sofort ge- tötet, dem anderen wurden beide Beine abge- fahren.

Auf der Feste „Auguste Victoria“ in Bochum ist auch der dritte verschüttete Bergmann als Leiche geborgen worden.

Bilzvergiftung. Zwei kürzlich an Vergiftung durch Bilze erkrankte Kinder sind im Krankenhaus in Saarbrücken gestorben. Die Mutter ist in Lebensgefahr.

Eine Mutter von ihrer Tochter erschossen. Beim Spielen mit einem Revolver wurde eine Frau Kulczak in Brze- zie bei Gostyn von ihrer achtjährigen Tochter er- schossen. Die Frau hinterläßt sieben kleine Kinder.

Gattenmord. In Schroda hat die Frau des Mu- seumsassistenten Dr. Blume diesen erschossen. Sie erklärte, daß die Tat in einem Anfall von Verwirrung geschehen sei. Es steht fest, daß das Paar in schlechten ehelichen Verhält- nissen lebte.

Wasserstoffexplosion in der Schule. In einer Mädchenschule in Frankfurt a. M. entstand in einer Klasse während des Chemieunterrichts eine Wasserstoffexplosion, wo- bei mehrere Schülerinnen leicht verletzt wurden; eine Schüle- rin wurde an den Augen schwer verletzt.

Ein vierundzwanzigjähriger Mörder. In dem forstlichen Dorfe Querciole wurde am Mittwoch der Hufschmied Josef Bergotti durch einen Schuß getötet, der hinter der Mauer des seiner Schmiede gegenüberliegenden Gartens über die Straße auf ihn abgefeuert worden war. Als Mörder wurde der dem Zuchthaus entstrungene Sträfling Paoli erkannt, der seit seiner Entweichung aus dem Ge- fängnis und seit der Rückkehr in den „Busch“ die Gegend mit Schreden erfüllt. Er übt erbarmungslose Missetate an allen Personen, die seinem Nebenbuhler Sanninetti Unter- schluß gemähren, und der Hufschmied Bergotti ist das 24. Opfer, das seinem unstillbaren Blutdurst verfallen ist.

Die Pest im Gouvernement Astrachan. Ein Telegramm aus Astrachan meldet, seit dem Ausbruch der Pest sind im Gouvernement Astrachan 53 Personen erkrankt. Da- von sind 39 gestorben und 4 genesen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Wie schon kurz berichtet, hat die Direktion die diesjährige Saison mit dem Baktigen Lustspiel von Carl Rögler: „Die fünf Frankfurter“ eröffnet. Dieses Stück, das in Berlin und anderen Städten eine große Zugkraft ausübte, spielt im Anfang des vorigen Jahrhun- derts hauptsächlich in der Judengasse in Frankfurt a. M. Hier haust die Witwe des Umstel Rothschild, der, trotz aller Liebe zum Gelde, sich in seinen Geschäften immer noch an seinegleichen gehalten hat. Seine Söhne dagegen, die teilweise in aller Herren Länder Geschäfte machen, verstehen die Situation besser. Sie wissen, daß Geld die Welt regiert und daß man für eine Rolle Gold selbst den Teufel tanzen lassen kann. Deshalb ist ihr Kundenkreis auch ein feinerer. Sie „arbeiten“ mit hohen und allerhöchsten Herrschaften, bis es dem schlauesten derselben — Salomon — schließlich gelingt, für die Familie vom Wiener Hofamt den Barontitel zu ergattern. Damit aber ist sein Ehrgeiz noch nicht be- friedigt. Er möchte gerne ein gekröntes Haupt zum Schmie- gerlöhn haben. Und so zieht er denn den ständig an Geld- mangel leidenden Herzog von Taunus in seine Netze. Sein Plan gelingt. Dem Herzog sät das Messer an der Kehle; er geht auf die Bedingungen des Salomon ein, verkauft seine Tochter gegen ein großes Darlehen, an dessen Rück- zahlung er selbst nicht glaubt. Seine Tochter Charlotte, die ihrer Großmutter in deren Lebensauffassung ähnelt, will hievon jedoch nichts wissen, sondern gibt dem Herzog einen Korb und wendet ihr Herz ihrem jüngsten Onkel zu. Das Geschäft aber ist abgeschlossen und der Herzog aus den drückendsten Nöten befreit. In die- ser Handlung spielt ein Fürst von Klausthal-Boordo hinein, der die Demokratie haßt und immer schon das Messer der Guillotine an seiner Kehle fähite. Aus diesem Grunde hat er seinem „schweren Beruf“ Valet gesagt und will nun als Rentier in Paris leben. — Die Aufführung dieses Lustspiels an unserer Bühne war eine gute. Den nur um seines Leibes Notdurft besorgten ältesten Bantiersohn gab Herr Willy Schweißguth — der gleichzeitig auch die Regie innehatte — ausgedzeichnet. Dasselbe gilt auch von Herrn Nowak als Salomon. Seine Tochter Charlotte wurde von Fräulein Wuttke tadellos gespielt. Die ehrwürdige Frau Gubula, die Mutter der nach Höherem strebenden Söhne, verkörperte Frä. Laudien sehr gut. Die übrigen Rollen — wir erwähnen hier nur Herrn Hof als Herzog von Taunus und Herrn Brunow als Fürst von Klausthal — waren gleichfalls sehr gut besetzt. Das Publikum amüsierte sich auch gern außer- ordentlich und spendete den Darstellern stürmischen Beifall.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 22. bis 28. September 1912:

Sonntag, den 22. September: „Samson und Da- lila“, Oper von Saint Saëns. Montag, 23. September: „Die fünf Frankfurter“, Lustspiel von C. Rögler. Dienstag, den 24. September: „Figaros Hochzeit“, Oper von Mozart. Mittwoch, den 25. September: „Der Waffenschmied“, Oper von Vorhagen. Donnerstag, den 26. September: „Donna Diana“, Lustspiel von Moreis. Freitag, den 27. September: „Samson und Dalila“, Oper von Saint Saëns. Sonnabend, den 28. September: „König Richard III.“ von Shakespeare.

Schiffsnachrichten.

D. „Trave“ kam Donnerstag mittag von hier in Kron- stadt an.
D. „Jar“ ging gestern früh von Kronstadt auf hier ab.
D. „Goole Trader“ ist Donnerstag nachm. von Danzig auf hier abgegangen.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 19 des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Der Reichstag der deutschen Arbeiter. — Kartelle und Trusts. Von Gustav Goffin. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. — Gehirn und Rückenmark (mit Abbildungen.) Von A. Lipschütz. — Das „ungeschickte Fleisch“. Von A. Quist. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung usw. Beilage: Schiffe, die nachts sich begegnen. Erzählung von J. W. Nylander. — Der Kran. Gedicht von Hammersdorff. — Heinrich von Kleist. — Ausgrabungen (mit Abbildungen). — Die Spanier in Peru (Schluß). Von A. Conrad. — Vortragstechnik. Von E. Hahnwald. — Klid, Klid! Erzählung von E. Rosen.

Das Parteitagshft der „Kommunalen Praxis“, mit dem uns Redaktion und Verlag erfreuten, bietet diesmal von zwei Seiten her Möglichkeiten zur Erkenntnis der Belastung unseres Volkes, insofern als es sich mit den kommunalen Steuerverhältnissen und mit der Teuerung beschäftigt. Um zunächst dieses zweite, jetzt im Vordergrund des politischen Interesses stehende Thema zu erwähnen, so finden wir in der Doppelnummer ein übersichtlich gruppiertes Material, das allen in den Gemeindevertretungen tätigen Parteigenossen bei der Begründung von Anträgen ausgezeichnete Dienste leisten wird. Die Redaktion hat sich nicht darauf beschränkt, bloß anzugeben, was in der einen oder anderen Gemeinde neuerdings zur Frage der Verbilligung der Nahrungsmittel beschlossen worden ist, sondern hat auch den Tatsachen und

Ursachen der Teuerung nachgespürt; Paul Strich hat alsdann in einer klaren und umfassenden Arbeit noch einmal dargestellt, was unter den obwaltenden Umständen die Gemeinden im Kampf gegen den Hunger tun können und müssen.

Das Studium von Steuertabellen ist nicht gerade ein Sonntagnachmittagsvergnügen — worüber wohl allgemeine Übereinstimmung herrschen dürfte. Es ist auch gewiß nicht die Absicht der „Kommunalen Praxis“ gewesen, mit ihrer Darstellung der Finanz- und Steuerverhältnisse von 594 deutschen Gemeinden in das Gebiet der Lustbarkeit einzubringen. Aber — um ernsthaft zu reden — ein Material, wie sie es ihren Lesern in diesen schier endlosen Tabellen und dem dazu gegebenen erklärenden Text bietet, ist bisher überhaupt noch niemals veröffentlicht worden. Auch die früheren Versuche einer amtlichen Statistik kommunaler Finanz- und Steuerverhältnisse reichen nicht entfernt an diese Leistung heran, schon weil sie sich durchweg auf einzelne Bundesstaaten bezogen, während hier alle Staaten berücksichtigt worden sind. Es wird nun an unseren Parteigenossen in den Gemeinden und Parlamenten liegen, diese hervorragende Zusammenstellung nun auch politisch zu verwerten und die Fülle der daraus zu ziehenden Anregungen richtig auszunützen. Wir sind überzeugt, daß sie dabei vieles zum Wohle der Arbeiterschaft und zur Verbesserung der kommunalen Steuer- verhältnisse schaffen können.

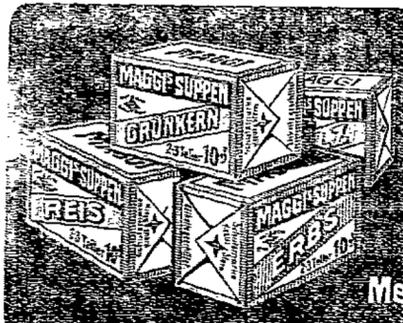
Der Einzelpreis dieser Nummer kostet 1.— Mark. Den Abonnenten wird das Heft ohne Preiszuschlag geliefert. Bestellungen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Siernschanz-Viehmarkt vom 20. Sept.
 Auftrieb 4860 Schweine. Markt ziemlich rege.
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 280 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 84,— (— bis 67,— Mf.) Mittelschwere Ware, von 240—280 Pfd., Tara 20 Proz., 83,— bis 84,— (65,50 bis 67,— Mf.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83,— bis 83,50 (64,50 bis 65,— Mf.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 82,— bis 83,— (64,— bis 65,50 Mf.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 75,— bis 80,— (57,00 bis 61,— Mf.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis 79,— (62,50 bis 63,—) Mf. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,— bis 76,— (56,— bis 59,50) Mf.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“



MAGGI'S Suppen

Mehr als 40 Sorten.

1 Würfel für 2-3 Teller 10⁸

die besten!

Telephonisch
 können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebenen Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.
 Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Komitee und Kommissionssitzungen

Transportarbeiter.
 Vorstandssitzung (3495) Montag 8 Uhr präzise.

Heute morgen 3 1/2 Uhr starb unsere Heine Gertraud im zarten Alter von 8 Tagen. Dies zeigt an (3500) Familie Aderhold.

Am Freitag mittag einhießel sanft unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater.

Heinrich Sprank
 im 64. Lebensjahre. Tiefbetrübt von seinen Kindern und allen, die ihm nahe standen. Lübeck, den 21. September 1912. Obettrave 197.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Bornert aus statt. (3520)

Deutscher Transportarbeiterverband

Nachruf!

An Freitag, den 21. September starb unser Mitglied der Hafenarbeiter

Heinr. Sprank.

Seine letzten Absichten! Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Bornert aus statt. Sammelplatz der Kollegen beim „Reigen Guld“. Abmarsch dorthin präzis 3 1/2 Uhr. (3525) Die Ortsverwaltung.

Zu verm. Parterre-Wohnung, 2 Stuben, Küche, Speisek., gr. Bad, 150 M. z. J. u. anm. 100 M. z. J. Dornstraße 70 L.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Onkels **Heinrich Geertz**, sowie Herrn Pastor Reimpell für seine trostreichen Worte sagt im Namen der Angehörigen seinen innigsten Dank (3493) **Max Pagel.**

Möbliertes Zimmer
 zu verm. (3478) Dornestr. 42a, II.

Möbliertes Zimmer
 für 1 oder 2 Personen. (3490) Schönböfener Straße 8a, II.

Drei-Zimmer-Wohnung, part., zum 1. Januar 1913 zu vermieten. Angebote unter **W D** an die Expedition dieses Blattes. (3505)

Gesucht eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** für einzelne Leute vor dem Holstentor. Angebote unter **S 25** an die Exped. d. Bl. (3481)

Ein freundl. **Parterre-Zimmer**, Straßenwärts, an einen Herrn od. Dame billig zu vermieten. (3499) An der Mauer 134.

Arbeiterinnen gesucht.
Fischkonserven-Fabrik
Heinr. Inde Nachflg.,
Töpferweg 63. (3497)

Suche zum 1. November **einen Knecht** der selbständig arbeiten kann bei hohem Lohn. (3501)

J. Scheel, Viehhändler
Groß-Steinrade.

Malergehilfen und Anstreicher gesucht. **Aug. Hardekopf,** Kronsforder Allee 22. (3503)

Suche eine Stelle als **Bankhilfskassier.** Offerten unter **R 24** an die Expedition d. Bl. (3522)

Blühgarnitur, moderner Tisch, Bett, Spiegel, u. Stuhl, Schloß, u. Kissen, einrichtungs billig zu verkaufen. Nach einzeln, lagern frei. (3504) **Marcksgrube 4, Leber.**

Ein **guterhalt. Kinderwagen** billig zu verkaufen. Preis 10 Mk. (3496) **Zitenstraße 25.**

Ein **blauer Cheviot-Lapp, mittel, grau, fast neu, zu verkaufen.** (3491) **Sadowstraße 90, part.**

Blühgarnitur, moderner Tisch, Bett, Spiegel, u. Stuhl, Schloß, u. Kissen, einrichtungs billig zu verkaufen. Nach einzeln, lagern frei. (3504) **Marcksgrube 4, Leber.**

Ein **Winterverzieher** für einen Knaben von 13—15 Jahr zu verkaufen. (3499) **Marcksgrube 4, im 2. St.**

Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.
 Naturheilstalt.
Friedrich-Wilhelmstr. 1. Lübeck Fernsprecher 3142.
 Aerztliche Leitung. Prospekt gratis. (3812)

Betten-DuVe liefert bestens und billigst. 3290 **Gr. Burgstr. 32.**

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:
Ch. Dickens ausgewählte Werke
 2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—
 Ferner sind wieder eingetroffen:
Fritz Reuters Werke
 in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—
 Als Nachschlagebuch:
Der Ratgeber für das praktische Leben.
 Elegant gebunden Mk. 2.75
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist
Der Ratgeber
 für das praktische Leben.
 Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhang enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.
Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
 nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Umständehalber soll Sonntag, den 22. September, 2 1/2 Uhr, ein neuer **Gaustand** verkauft werden. (3470) **Kabenstraße 18.**

Leere Kisten u. Tonnen u. 2 fl. Waschbalgen zu verkaufen. (3485) **Schützenstraße 92a, part.**

Ein guterhalt. Gehrock-Anzug mittlere Figur, zu verkauf. (3498) **Attendorfnstraße 50, II, Süttertort.**

Fahrrad, Torpedot., wenig gef., mit besten Mänteln u. Schläuchen für jeden annehm. Preis zu verk. (3509) **Rauch, Brodesstr. 45, I.**

Blüchgarnitur, Spiegel, Bettfed., Bettstelle, Bettzeug, Stühle, Tisch, Küchenschr. u. Tisch, Uhr, Kleiderchr. zu verk. (3510) **Johannisstr. 70, I.**

Ein Myrtenbaum zu verkaufen. (3471) **Lügomstraße 19.**

Ein **guterhaltener Sportwagen**, Preis 3 Mk. und ein fast neuer 4fl. **Petroleum-Kocher** zu verkaufen. (3480) **Dornestraße 40c, part.**

Getrag. Anzüge, Dosen, Kleider, Röcke, Blusen und Fußzeug billig zu verkaufen. (3487) **Schildstraße 5.**

Chinesische Mäochen u. Schlag zu verk. (3479) **Baustraße 12.**

Kanarienvogel und Weibchen (St. G.) tiefe flotte Sänger, preiswert zu verkaufen. (3484) **Watenismauer 9a, II, I.**

Ein Sünerhagen billig zu verkaufen. (3508) **Vorwerk, Bogenstraße 16.**

Kaninchen zu verkaufen. (3506) **Rolengarten 14.**

3 Sat kräftige Ferkel 5 bis 6 Wochen alt, zu verkaufen. (3489) **H. Lange, Woi.**

Schöne Ferkel zu verkaufen. (3488) **R. Lankau, Schönböfener.**

Wanzen, Kefalaten, Katten, Ingeziefer vertilgt unter Garantie **F. Kröger,** konzeffion. u. geprüft. Kammerjäger. (3507) **Kupferschmiedestraße 12, II.**

Empfehle mich zum Einbitten des Nachts bei Kindern, auch zur Hilfe in Automatenfuchs. Anab. unter **W R** an die Exped. d. Bl. (3496)

Hüte werd. billigst auf garniert (3483) **Woi, Schulweg 2.**

Rohrflöhe werden eingeflochten Watenismauer 122 pr. (3086)

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren werktatt. (104) **Fänthausen 13.**

Alterer Herr erteilt grünblühen **Klavier-Unterricht** auch **Crombienen** (3523) **d. St. f. 60 Pfg. Wasmstr. 87, I.**

Achtung! (3523) **Apfel, pr. Ware, Pfd. 10 Pf., 3 Pfd. 25 Bergam. Süßeln, Pfd. 10 Pf., 10 Pfd. 90 Pf., Kartoffeln u. Kohl** (3523) **Bedersgrube 92, Ost Untertrabe**